NR. 334 NR. 4/2014 PREIS: EURO 4,50
ZEITSCHRIFT DER ÖBV-VIA CAMPESINA AUSTRIA

Wege für eine

Bäuerliche Zukunft

WETTLAUF UM GRUND UND BODEN

Auf der Suche nach Harmonie

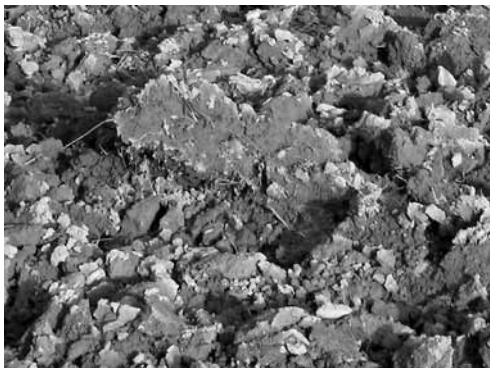
„Klima-schlaue Landwirtschaft“?

Das Land gehört allen

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:
ÖBV-Via Campesina Austria, Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Telefon: 01/89 29 400, Fax 01/958 40 33
E-Mail: baeuerliche.zukunft@chello.at
Homepage: www.viacampesina.at
Redaktion: Monika Gruber, DI Irmi Salzer, Eva Schinnerl
Gestaltung & Layout: Eva Geber
Zeichnungen: MUCH Unterleitner
Titelfoto: Eva Schinnerl
Druck: Atlasdruck GmbH, Wienerstr. 35, 2203 Großebersdorf
Enger Vorstand der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV-Via Campesina Austria, Österreichische Berg- und Kleinbäuer*innen Vereinigung): Christine Pichler-Brix (Obfrau), Lisa Hofer-Falkinger, Monika Kleinschuster, Florian Walter
Geschäftsleitung: Ludwig Rumetshofer
Sekretariat: Christian Hoffmann
Grundlegende Richtung: Wege für eine BÄUERLICHE ZUKUNFT erscheint 5 Mal im Jahr als Zeitschrift der ÖBV-Via Campesina Austria (ÖBV). Sie bringt kritische Analysen und Informationen über die Situation der Berg- und Kleinbauern und Bäuerinnen sowie Agrarpolitik im allgemeinen und will über Bildungs- und Aufklärungsarbeit einen Beitrag zur Lösung der Probleme von Berg- und Kleinbauern und -bäuerinnen leisten.
Die ÖBV ist ein von Parteien, Interessensverbänden und anderen gesellschaftspolitischen oder wirtschaftlichen Institutionen unabhängiger Verein, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn ausgerichtet ist.
Die Zeitschrift BÄUERLICHE ZUKUNFT will ein Forum für die offene Diskussion sein. Namentlich gezeichnete Beiträge geben daher nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion und der Herausgeber wieder.
Einzelpreis: Euro 4,50
Jahresabonnement: INLAND Euro 25,–
AUSLAND Euro 29,–
Bankverbindung: ERSTE Bank, BLZ 20 111, Kontonr. 04234529, IBAN AT 312011100004234529 BIC GIBAATWW
ÖBV-Mitgliedsbeitrag:
Ordentliche Mitglieder (Bäuerinnen, Bauern): Euro 32,– + 1/1000 des Einheitswertes. Zwei Mitglieder in einem Haushalt zahlen nur einen Beitrag.
Unterstützende Mitglieder: Mindestbeitrag Euro 32,–. Euro 3,– aus dem Mitgliedsbeitrag werden an die ECVC weitergegeben. Der Mitgliedsbeitrag enthält jeweils das Abonnement von BÄUERLICHE ZUKUNFT.
Kontaktbüro in Brüssel: Europäische Coordination Via Campesina (ECVC), Rue de la Sablonniere 18, B-1000 Brüssel
Tel.: 0032/2/2173112 Fax: 0032/2/2184509
E-Mail: office@eurovia.org, www.eurovia.org

ISSN 1019-5130
37. JAHRGANG (2014)

Liebe Leserinnen, liebe Leser!



Um im Wettlauf um Grund und Boden zu bestehen, haben wir Bäuerinnen und Bauern vielleicht ein paar entscheidende Vorteile. Nämlich: unsere erdige Bodenhaftung, unsere in sich ruhende Beständigkeit und vielleicht eine „moralische Bauernschläue“. Hat doch nicht zuletzt auch der Igel den Hasen im Märchen solange rennen lassen, bis er mit hängender Zunge aufgegeben hat. In dieser Ausgabe finden sich neben all den dreisten Methoden der Grund- und Boden- An- bzw. Enteignung auch mutmachende Initiativen von jungen Menschen, die wir mit der Veröffentlichung ihrer Ideen und ihrer Arbeit vorstellen möchten.

Die nächste Ausgabe ist der Frauenarbeit mit dem Thema „Wertschätzung“ gewidmet. Redaktionsschluss ist der 25. November.

Vom Wettlauf mit der Zeit bis zum Druck grüßen erschöpft

Eva, Irmi und Monika aus der Redaktion

Das Engerl freut sich über die ambitionierten Bildungsaktivitäten in der ÖBV und im „Dunstkreis“ rundherum. Mit dem Agrarpolitischen Grundkurs soll die „nächste Generation“ an widerständigen und politisch sattelfesten Bäuerinnen und Bauern ausgebildet werden, auf dass die Arbeit an einer Änderung der Landwirtschaftspolitik zügig voran geht. Dazu noch Vorträge und Diskussionen rund um CSA, Ernährungssouveränität und Alternativen, die Nyéléni-Herbstgespräche, die Filmreihe „Hunger. Macht. Profite“ – das Engerl empfiehlt einen Blick in den Bildungskalender, der in der Heftmitte zu finden ist und natürlich rege Beteiligung!

Das Teuferl vollzieht Bocksprünge angesichts der neuen EU-Kommissare. Die EU-Agrarpolitik wird mit dem Iren Hogan endlich wieder von einem Marktapologeten und Exportfan geleitet, für Energie und Klima dürfte der Hardliner (und Sexist) Canete, der enge Verbindungen zur Ölindustrie hat, zuständig sein. Dazu kommen noch der EU-Skeptiker Hill (ausgerechnet) aus Großbritannien, der Finanzkommissar werden soll, der Ungar Navracsic für Kultur und andere umstrittene Designierte. Insgesamt dürfte die Mehrzahl der Kommissare einen streng neoliberalen, auf Wirtschaftswachstum und internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichteten Kurs fahren – und der Weg hin zu Ernährungssouveränität und Demokratisierung ein steiniger werden.

Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur.

KOMMENTAR

VON IRMI SALZER

AUF EINEM AUGE BLIND?!

Die Österreichische Hagelversicherung hat im Sommer 2014 eine Kampagne mit dem Titel: „Stopp dem rasanten Bodenverbrauch“ gegen eine stetige Bodenverbauung für Siedlungs-, Verkehrs- und Industriezwecke lanciert. Unterstützt werden die Versicherer von Bauernbund- und Raiffeisen-Granden, aktiven und ehemaligen Agrarpolitikern, Landwirtschaftskammerpräsidenten und Agrana-Vertretern. Die Kampagne ist durchaus zu begrüßen, schließlich werden täglich rund 22 ha landwirtschaftlicher Fläche verbaut – das sind ca. 8.000 ha pro Jahr. Langfristig ist die Versiegelung von fruchtbaren Böden sicherlich ein schwerwiegendes Problem für die Versorgungssicherheit Österreichs.

Dieser Wettlauf um Grund und Boden, der zwischen gewerblichen, industriellen und infrastrukturellen Interessen auf der einen und der Landwirtschaft auf der anderen Seite ausgetragen wird, muss und soll sicherlich problematisiert und kritisiert werden. Was die heimische Agrar-Nomenklatura aber seit vielen Jahren totschweigt, ist der durch politische Maßnahmen forcierte Konkurrenzkampf um landwirtschaftliche Flächen, der innerhalb der Bäuerinnen- und Bauernschaft geführt wird. Kaum abgestufte Flächenförderungen sowie eine viel zu gering angesetzte Höchstbemessungsgrundlage bei der Sozialversicherung lassen die Pacht- und Grundverkaufspreise insbesondere in Gunstlagen in die Höhe schnellen. Kleinere und mittlere Betriebe ziehen in diesem Wettlauf zwischen ungleichen Partnern allzu oft den Kürzeren, Konzentrations- und Verdrängungsprozesse sind die Folge. Das „Wachsen oder Weichen“ wird als unabwendbares Übel dargestellt, obwohl man Maßnahmen, die diesen Prozessen entgegenarbeiten würden, schlicht und einfach nicht ergreifen will. Die in vielen europäischen Staaten eingeführte Zusatzprämie für kleine Betriebe beispielsweise wurde in Österreich politisch verhindert, hätte sie den „wettbewerbsfähigen Wachstumsbetrieben“ ja nach den von Brüssel verordneten Kürzungen noch einmal ein Stück vom Förderkuchen genommen.

Der Zugang zu Land für Neueinsteiger*innen und der Flächenzugang im moderaten Stil sind den Verantwortlichen in den agrarischen Institutionen wie auch der offiziellen Interessensvertretung kein Anliegen. Man will ja keine Hobbylandwirte unterstützen, hat uns ein für die Jungübernehmer*innenförderung zuständiger Beamter im Ministerium beschieden. Dass groß angelegte Kampagnen gegen die Versiegelung geführt werden, man aber andererseits weder Erosion noch Verdichtung bzw. „Vernichtung“ von Böden wirksam gegenübertreten mag, ist ein weiterer Hinweis dafür, dass die offizielle Agrarpolitik von den Interessen einiger weniger gesteuert wird. Auf eine Kampagne „Stopp der Konzentration von fruchtbaren Böden in den Händen einiger weniger!“, werden wir wohl noch warten müssen.

Irmi Salzer
ÖBV-Via Campesina Austria

INHALTSVERZEICHNIS

Siegfried Jäckle
AUF DER SUCHE NACH HARMONIE 4

Agrarpolitischer Grundkurs der ÖBV 5

Lorenz Glatz
GEMEINSAM LANDWIRTSCHAFTEN KONKRET 6

Mira Palmisano
ZWISCHEN SELBSTAUSBEUTUNG UND GANGBARER ALTERNATIVE: LANDFREIKAUF UND KOLLEKTIVES LEBEN 8

Paula Gioia und Justus Staude
LANDGRABBING – KAMPF GEGEN STEIGENDE PREISE UND FÜR ZUGANG ZU LAND IN OSTDEUTSCHLAND 9

ÖBV-Info/Veranstaltungen II 11

Magdalena Heuwieser
„KLIMA-SCHLAUE LANDWIRTSCHAFT“? 12

Brigitte Reisenberger
LAND GRABBING VOR UNSERER HAUSTÜR 15

Judith Leitner
DAS LAND GEHÖRT ALLEN 17

Karin Lischke, Hannes Zagar und Helmut Friedl
RASENNA: EIGENTUM AN GRUND UND BODEN ALS PARTNERSCHAFTLICHER VERTRAG 19

KURZ & BÜNDIG 20

Judith Moser-Hofstadler
DIE KOSTEN DER ALLGEMEINHEIT, DIE GEWINNE DEN PRIVATEN 21

Gerhard Hovorka
DER GRÜNE BERICHT 2014 IM „NEUEN KLEID“ 22

Gerhard Hovorka
DIE BERGBAUERNFÖRDERUNG IM NEUEN PROGRAMM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG 24

Thomas Gröbly
BAUER UND BÄUERIN ALS MASCHINISTIN ODER KOMIKER? 25

Monika Gruber
GLOSSE 26

KONTAKTADRESSEN/ABO-WERBUNG 27

ÖBV-Info/Veranstaltungen I 28

AUF DER SUCHE NACH HARMONIE

Der moderne Wettlauf um Grund und Boden erinnert mich an eine Jugenderfahrung, aus der Zeit, als man Pferde und Ochsen durch Traktoren ersetzte.

VON SIEGFRIED JÄCKLE

Weil man gewohnt war, dass Pferde mit ihren Füßen ihre Stärke in Zugkraft umsetzten, glaubte man, dass die neuen kleinen Bauerntraktoren mit zehn bis zwanzig Pferdestärken das besser können. Dieser mechanistische Glaube erfüllte sich oft nicht, weil die Bodenhaftung von Füßen und Rädern nicht automatisch dieselbe ist. Nicht selten wurden die Pferde gebraucht, um Traktoren mit durchdrehenden Rädern rauszuziehen. Kritiker warnten vor Bodenschäden durch Radschlupf. Nur langsam gelang es Tüftlern durch Optimierung der Gewichtsverteilung, breitere und höhere Reifen und insbesondere mit der Regelhydraulik die Bodenhaftung zu verbessern, die Zugkraft zu steigern und Bodenschäden zu minimieren. Wesentlich wurde diese Entwicklung vom „little gray Ferguson“ geprägt. Ich möchte sie als Harmonisierung der Technik mit dem Boden bezeichnen.

Die Bodennutzer

Die mechanistische Sicht des Fortschrittes folgt aber nicht der Harmonie, sondern der Faszination für die Größe. Man hat ja (noch) die für ihr Motto „größer – schneller – weiter“ nötigen Rohstoffe einschließlich Boden. In diesem Turboglauben werden Traktoren und Maschinen immer größer, die Felder zu klein und die Straßen zu schmal. Also muss Grund und Boden an die Technik angepasst werden, womit die Ursache des Wettlaufs um Grund und Boden eigentlich greifbar ist.

In dieser Logik ist Grund und Boden nur noch Standortfaktor. Nicht nur für die großflächige Landwirtschaft, sondern ebenso für Autobahnen und Straßen, neue Gewerbe- und Wohngebiete, Freizeitparks und neuerdings Windparks usw. Dabei konzentriert sich dieser Wettlauf immer mehr auf die günstigsten Standorte in den Ebenen, weil dort sowohl Landwirtschaft als auch Bauen jeglicher Art am effizientesten, d.h. mit geringstem Aufwand möglich sind. Grund und Boden in hängigen, steinigen oder sumpfigen Lagen wird zur Ungunstlage oder höflich benachteiligtes Gebiet genannt. Weil ihre mechanische Bearbeitung schwieriger ist als in der Ebene, sind diese Ungunstlagen fürs Auge aber die schönere Landschaft geblieben. Ihre kleinteilige Struktur mit Artenvielfalt oder neudeutsch Biodiversität strahlt Harmonie aus. Die aber braucht der Turboglaube als Kulisse für die Werbung seiner Produkte, die eben diese Harmonie mit Grund und Boden nicht haben. Auf diese Art hat der Wettlauf um Grund und Boden auch die Ungunstlagen erfasst, nur nach einem anderen Motto. Nämlich, wer kann sie am billigsten pflegen. Denn mehr will die Turbowirtschaft von ihrer Kulisse nicht.

Die Bodenschützer

Dieser moderne Umgang mit dem Boden hat Boden-, Natur- und Umweltschützer auf den Plan und die Straße gerufen. Sie nötigen die Politik zum Reagieren. Allerdings mit dem Kernproblem unserer Zeit, dass sowohl die meisten … Schützer als auch die spezialisierten Politiker, Ministerien und Verwaltungen nur mechanistisch messbare Details verfolgen, aber Boden und Landschaft als lebende Organismen in der Regel nicht verstehen (wollen). So wird kartiert und digitalisiert mit immer exakteren Methoden und geregelt mit einer Flut von Gesetzen und Verordnungen. Der Wettlauf um Grund und Boden wird eingegrünt, aber nicht gestoppt. Denn die neuen Schutzzonen wirken als zusätzliche Mitbewerber um Grund und Boden. Und deren Eigentümer bangen um den Wertverlust und kämpfen dagegen.

Bauern sind Täter und Opfer

In diesem Wettlauf sind Bauern und Bäuerinnen als klassische Bodennutzer und Eigentümer zu Tätern und Opfern zugleich geworden. Im Drang der Rationalisierung und Spezialisierung wird das Wachsen und Weichen als Naturgesetz gesehen. Die bäuerliche Logik der Harmonie von Boden und Viehhaltung löste sich auf. Auf den besten Böden entwickelten sich endlos wachsende, viehlose Ackerbaubetriebe. Dagegen wachsen flächenknappe Betriebe über die sogenannte Veredelung (Geflügel, Schweine und auch schon Milchkühe), die den Boden auf die Entsorgungsfunktion reduziert. Dieser Trend wird vom agrarpolitischen Fördersystem belohnt durch Investitionsförderung und ein-

Agrarpolitischer Grundkurs der ÖBV

Das System verstehen und gemeinsam aktiv werden!

Di, 13. + Mi, 14. Jan 2015 in Gallneukirchen (OÖ)

Mo 2. + Di 3. Feb in Graz

Mi, 25. + Do, 26. Feb in Wallsee (NÖ)

Mo, 16. + Di, 17. März in Mutters bei Innsbruck

In vier auf einander aufbauenden Modulen werden Strukturen und Hintergründe der Agrarpolitik in Österreich und der EU erarbeitet sowie Handwerkszeug zum politischen Handeln erarbeitet. Neben Vorträgen von Expert*innen aus verschiedenen Arbeitsfeldern haben Gruppenarbeiten, persönliche Reflexion, Diskussionen, praktische Übungen und eigene Projekte der Teilnehmer*innen einen hohen Stellenwert.

- **Modul 1:** Agrarpolitik in Österreich u.a. mit Dr. Josef Krammer (Bundesanstalt für Bergbauernfragen, i.R.) und DDr. Severin Renoldner (Sozialreferat Diozese Linz)
- **Modul 2:** Wirtschaftspolitik global und lokal u.a. mit Mag.[a] Alexandra Strickner (Attac) und DI[in] Irmi Salzer (ÖBV)
- **Modul 3:** Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU
- **Modul 4:** Steuer- und Sozialpolitik, Zugang zu Ressourcen
- **Sondermodul 5:** Praxis des agrarpolitischen Engagements

Kursbeitrag für alle Module inklusive Übernachtung und voller Verpflegung: 380 Euro. Bei Bedarf wird Kinderbetreuung organisiert.
Weiter Infos und Anmeldung: monika.thuswald@viacampesina.at, Tel. 01-89 29 400
Anmeldeschluss: 30. November 2014

Gefördert von pb österreichische gesellschaft für politische bildung

heitliche Flächenprämien (in Deutschland seit 7 Jahren). Die Folgen dieser sogenannten entkoppelten Flächenprämien zeigen sich inzwischen in unseren ungünstigsten Lagen. Trotz Gleichstellung des Grünlandes mit Ackerland bei der Flächenprämie sinkt die Zahl von Mutterkühen und Schafen, also der Rauhfutterfresser, weil der direkte Anreiz für ihre Haltung fehlt. Sogar die EU-Kommission hat diese Gefahr erkannt und lässt gekoppelte Prämien für diese extensiven Nutzungen zu. Doch die nationalen Umsetzer sind im Wettlauf um die günstigste Struktur (noch) blind für diese Nebenwirkungen.

Dass dieser Wettlauf durch immer weitere Transportwege immer mehr Fremdenergie braucht und damit das Klima gefährdet, wird im Turbowahn verdrängt. Dass damit die zentrale Rolle des Bodens als CO_2-Regulator in unserem Klimasystem überfordert wird, macht die moderne Landwirtschaft zum Täter und Opfer von Klimawandel und Energieverknappung.

Der Wettlauf um Grund und Boden hat aber auch Folgen für die soziale und finanzielle Solidarität. Denn mit dem Strukturwandel ist immer weniger Boden im Eigentum der Bewirtschafter. Die Pachtpreise in Gunstlagen steigen und steigen, was durch Ertragssteigerung und Rationalisierung auszugleichen versucht wird. Dass das Prämiensystem der eigentliche Pachtpreistreiber ist, wird tabuisiert. Nicht nur direkt über die Gleichung „mehr ha = mehr Prämien“, sondern auch indirekt über die geweckten Gelüste der Verpächter an den von der Erzeugung entkoppelten Flächenprämien. So sind nicht nur Bauern untereinander Konkurrenten, sondern auch ihre Nachbarn. Die Harmonie der heilen Landwelt und deren Organisationen stottert.

Rückkehr zum menschlichen Maß

Bemerkenswert ist, dass von dort, wo die Industrialisierung von Grund und Boden am weitesten entwickelt ist, die konkretesten Warnungen und Gegenvorschläge kommen. So hat schon vor 40 Jahren der deutsch-englische Ökonom Ernst Friedrich Schumacher mit seinem Buch „Small is beautiful“ die Rückkehr zum menschlichen Maß gefordert. Er schrieb: „In der einfachen Frage, wie wir den Boden behandeln, der nächst dem Menschen unser wertvollstes Gut darstellt, geht es um unsere gesamte Lebensweise“. Als wichtigste Aktivposten für die Zukunft stellte er die Bildung und die richtige Nutzung von Grund und Boden vor die Industrie. Noch deutlicher wird heute der oft umstrittene Prinz Charles. Er meint, mit allem, was wir der Erde abverlangen, verliert sie ihre Balance und fordert die Harmonie als Maß. Aus meiner Sicht stehen wir vor der großen Frage: Wieviel Zeit haben wir, um von der Turbotechnologie zum menschlichen Maß zu finden? Vor gut 100 Jahren nahm der Wettlauf um Grund und Boden mit der Motorisierung seinen Anfang, mit Dampfmaschinen, die von der Größe Ähnlichkeit mit unserer heutigen Turbotechnik haben. Ein halbes Jahrhundert hat es gedauert bis zur handlichen, bodenfreundlichen Technik. Haben wir noch so viel Zeit?

Siegfried Jäckle
Vorstand Forum Pro Schwarzwaldbauern

Meine Inspiration zum Umgang mit dem Boden kommt aus folgen Büchern:

Ernst Friedrich Schumacher: Small is beautiful, Neuauflage 2013 mit Vorwort von Niko Peach

The Prince of Wales mit Tony Juniper und Ian Skelly: Harmonie – eine neue Sicht unserer Welt

Wendell Berry: Leben mit Bodenhaftung – Essays zur landwirtschaftlichen Kultur und Unkultur (leider vergriffen)

GEMEINSAM LANDWIRTSCHAFTEN KONKRET

Von der Dauerkrise rundherum zur „Power of Community“.

VON LORENZ GLATZ

Fotos: Eva Schinner/

Der gegenwärtige „Wettlauf um Grund und Boden“ hat eine Ausgangslage, die in einem langen historischen Vorlauf europäischer und nordamerikanischer machtpolitischer Dominanz geschaffen wurde. Was die Benutzung von land- und forstwirtschaftlichem Boden und seinen Produkten angeht, so beruht etwa der einschlägige Konsum der Bewohner*innen der gegenwärtigen EU auf durchschnittlich 1,4 Hektar land- und forstwirtschaftlicher Fläche pro Kopf. In China und Indien z. B. liegt der Wert bei durchschnittlich 0,4 Hektar. Dass der von den Europäer*innen in Anspruch genommene Boden zu fast 60 % außerhalb der EU liegt, dramatisiert die Schieflage angesichts der ungebrochen grassierenden Krise des Kapitalismus zusätzlich.

Allerdings verdecken derlei Durchschnitte mehr als sie enthüllen – sie subsumieren die Menschen unter einen „Wirtschaftsstandort“, eine realistische Vorstellung von den dort herrschenden Verhältnissen geben sie nur sehr bedingt. Natürlich sind die Unterschiede zwischen den Ländern und Regionen enorm, und doch fallen die in Krisenzeiten schnell wachsenden gesellschaftlichen Klüfte erst wirklich auf, wenn auf die konkreten Menschen geschaut wird. Nicht nur auf die Unterschiede zwischen den Wohlhabenden und der breiten Unterschicht in den so genannten Entwicklungs- oder Schwellenländern, sondern gerade auch hier im „goldenen“ Westen. So kann etwa in den USA, im mächtigsten Land der Erde, die NGO „Feeding America“ an Bushaltestellen plakatieren: „Hunger takes this bus, too. One in six Americans struggles with hunger.“ Und im reichen Europa sind nach Angaben des Roten Kreuzes 43 Millionen Menschen auf Suppenküchen und Lebensmittelspenden angewiesen, um dem Hunger zu entkommen, und stehen 120 Millionen an der Schwelle zur Armut, während es zugleich immer schwieriger wird, Spenden für Bedürftige zu bekommen.

Ein Stück weiter oben auf der gesellschaftlichen Sozialpyramide, wo noch einiges Geld (oder solches im Überfluss) herumliegt, sind die Krisenfolgen freilich andere. Es geht um die Rettung der Barschaft. Der historische Höchststand an Schulden, mit dem allein sich noch die Realwirtschaft bei mangelndem Wachstum in Gang halten lässt, untergräbt den Glauben an den Kredit, an die Beständigkeit des Herzens des Kapitalismus, des Geldes. 90 % Entwertung steht an, wenn die Blase platzt, warnt auch ein neu erschienenes Sachbuch zweier Ökonomen – „sie raten zu Streuobstwiesen als Alternative zum Sparbuch“ (Wiener Zeitung 22.9.2014). Wenn nicht einmal das Gold mehr sicher ist, „fruchtbares Land im Umkreis großer Städte“ (ein Anlageberater vor Rechtsanwälten) sollte es noch sein. Was der Mittelstand im Kleinen tut, geschieht im globalen Maßstab als Land Grabbing der transnationalen Konzerne rund um die Welt, um für alles gewappnet zu sein, was sich vielleicht einmal rentieren könnte, sei es industrielle Nahrungsmittelproduktion, Energie- und Rohstoffpflanzung oder Schiefergas, auf jeden Fall soll so das Geld gerettet werden.

„Power of Community“

Das bringt mich vom Allgemeinen auf den konkreten Grund und Boden im Marchfeld, wo unser Gemüse wächst. Zur Gärtnerei Ochsenherz, von der mit „gemeinsam landwirtschaften“[1] über 200 Leute gut versorgt werden. Den Pachtgrund – auf dem die Infrastruktur von den Folientunnels bis zum Brunnen steht – ist die „gela“ los. Wien wächst, weil es woanders für die Menschen noch beträchtlich schlechter läuft, eine Schnellstraße wird gebaut, eine Abfahrt genau hier auch. Der Grund ist zu Bauland umgewidmet worden. Solange in der Gegend noch gebaut wird, ist das hier interessant. Wir müssen gehen. Land in der Umgebung zu kaufen ist teuer geworden, 60.000 Euro für den Hektar wird schon gezahlt, es herrscht eben rege Nachfrage, siehe oben. Zuletzt haben wir Glück gehabt, wir konnten nach langem Suchen sogar zwei Äcker pachten, ein paar Kilometer entfernt, gleich neben dem Stück Eigengrund, das bis jetzt geruht hat, und um eine recht hohe Pacht, siehe oben.

Die Übersiedlung ist aufwendig, außerdem brauchen wir dort Container für Ruheräume, Büro etc. mit Kanal-, Wasser-, Stromanschluss und Zufahrt. Einen neuen Brunnen natürlich auch. Gela ist neuerdings ein gemeinsamer Verein von Ernteteiler*innen und Betriebsangehörigen. Monatlich wird im gemeinsamen „Gremium“ beraten und entschieden. Die Leute im Be-

1 „ge(meinsam)la(ndwirtschaften)

trieb versorgen die Teiler*innen, die zum Teil nach Kräften mithelfen und alle zusammen nach ihren Möglichkeiten das Geld beisteuern, das für das Leben der Arbeitenden und die Bestellung und Pflege der Felder benötigt wird. Wir schaffen es, die beträchtliche Summe aus unserem Kreis aufzubringen. Gela investiert und wird mit den Ernteanteilen über einige Jahre das Geborgte abgelten. Es gibt sogar einige Tausend Euro Spenden.

Wie geht's weiter?

Wir sind also ein Stück weit hineingeraten in den Wettlauf um Grund und Boden und haben uns mit überraschender „power of community" für den Augenblick geholfen. Für uns – ein paar Leute. Wir sind damit auf die Frage des „Wie geht's weiter?" gestoßen worden. Wenn wir wollen, dass der Betrieb für „gemeinsame Landwirtschaft" auf Dauer gesichert bleibt, brauchen wir Grund und Boden und Anlagen als Gemeingut, das einerseits nicht davon abhängt, wer den Betrieb gerade führt und andererseits den Leuten im Betrieb Bewegungsfreiheit für ihre gute Arbeit lässt. Wir arbeiten an der Frage, wie das im dafür nicht gerade geschaffenen Rechtssystem umzusetzen ist.

Es zeichnen sich aber meiner Meinung nach zumindest noch zwei Themen ab:

Erstens: Alle sollen gut essen können. Good food for all ist eine globale Devise gemeinsamer, solidarischer Landwirtschaft. Angesichts der seit langem endemischen Hungerkatastrophen auf der Welt und der Realität eines verwildernden und selbst seinen eigenen Regeln nicht mehr gewachsenen Kapitalismus ein hoher Anspruch. Damit sollte aber nicht die Qualität von Suppenküchen und mildtätiger Essenverteilung gemeint sein, sondern die selbst gesicherte Versorgung aller Menschen einer Region mit gutem Essen, eine reale Ernährungssouveränität.

Ich meine, es wäre fahrlässig, sich da auf Staat und Geld zu orientieren und auf wirklichen Zugang selbstorganisierter menschlicher Gemeinschaften zum Pflanzen und Pflegen ihrer Lebensmittel zu verzichten. Die nach Selbsteinschätzung unterschiedlich hohen Geldbeiträge zur Gela sind dafür sicher ein Beitrag hier und jetzt, der nicht der Markt- und Geldlogik, sondern der Verbundenheit von Menschen folgt und damit vielleicht weitere Schritte von Gemeinsamkeit und gegenseitiger Hilfe auf den Weg bringen könnte. Als Projekt von Mittelständlern würde gemeinsame Landwirtschaft jedenfalls zwischen der Macht von Agrarkonzernen und der Ohnmacht oder Wut gegenüber der ziemlich rasch zunehmenden globalen Armut höchstwahrscheinlich zerrieben werden. Hier sind Fantasie, Nachdenken und Experimente dringend nötig.

Wirkliche Fortschritte gemeinsamer Selbstversorgung hier bei uns könnten aber zugleich die Bemühungen der Mitmenschen im Großteil der Welt um Land und Ernährungssouveränität erleichtern, deren fruchtbares Land heute von den transnationalen Konzernen für den Export auf zahlungskräftige Märkte in Beschlag genommen wird. Das könnte auch einmal Kontakt und fruchtbare Zusammenarbeit über weite Entfernungen und mentale Barrieren hinweg ermöglichen.

Zweitens: Für eine Entwicklung solidarischer Landwirtschaft durch immer mehr Initiativen braucht es sicheren Zugang zu Grund und Boden, wenn der von beteiligten Bauern und Bäuerinnen nicht ausreicht oder gar nicht vorhanden ist, weil die Aspirant*innen schlicht landlos sind. Die beiden Versuche der Wiener „Solila", sich auf Stadtbrachen zum Gärtnern zu etablieren, sind an der Bürokratie und beim geringsten Überschreiten der heiligen Grenzen auch eigentlich „öffentlichen Eigentums" von einem privaten Wachdienst und der staatlichen Polizei mehr oder weniger sanft

beendet worden. Dass Landbesetzung in der Bevölkerung eine Unterstützung findet, auf die der Staat Rücksicht nehmen muss, ist sicher einmal möglich, aber noch keineswegs gegeben.

Um hier ein Stück weiterzukommen, könnte das Beispiel der französischen Terre des Liens lehrreich sein. Diese vielfältige Initiative tritt gegen die industrielle, an der Logik der Geldvermehrung orientierte Landwirtschaft für eine kleinbäuerliche, gemeinschaftsgetragene ein. Regionale Gruppen machen Propaganda, entwickeln und unterstützen Projekte lokaler Versorgung; eine Stiftung wirbt um Bauernhöfe; Land und Höfe werden auf Vorschlag der Gruppen auch um das Geld gekauft, das eine gemeinnützige Aktiengesellschaft für Aktien ohne Dividenden von Sympathisierenden sammelt. Die Betreiber*innen der Höfe bezahlen Pacht, die wieder für weitere Käufe zur Verfügung steht. Auf diese Weise sind binnen weniger Jahre immerhin über 120 Wirtschaften erworben und vergeben worden.

Zugegeben, Konkretes und Einzelnes ist wenig spektakulär. Jede Reise beginnt mit dem ersten Schritt, und in unserem Fall entsteht der Weg auch erst beim Gehen.

Lorenz Glatz
Mitglied von „ge(meinsam)la(ndwirtschaften) Ochsenherz"

ZWISCHEN SELBSTAUSBEUTUNG UND GANGBARER ALTERNATIVE: LANDFREIKAUF UND KOLLEKTIVES LEBEN

Um welchen Wettlauf geht es im sogenannten Wettlauf um Grund und Boden? Einen Wettlauf zu dem sich alle anmelden können, alle gleich antreten können?

VON MIRA PALMISANO

Foto: Wieserhoisl

Ist es ein Wettlauf mit Start- und Ziellinie? – Wohl kaum, wenn mensch sich die Verteilung von Grund und Boden ansieht – da starten einige wohl mit großem Vorsprung. Andere – wie beispielsweise wir Kleinbäuer*innen auf Pachtgründen – wollen versuchen an dem Wettlauf teilzunehmen. Macht das überhaupt Sinn oder gibt es andere Strategien abseits des kapitalintensiven Erwerbs von landwirtschaftlichen Flächen?

Fragen über Fragen, die wir vom Hofkollektiv Wieserhoisl uns schon seit nahezu acht Jahren stellen. Wir bewirtschaften einen 12 ha kleinen Pacht-Hof in der Weststeiermark, am Fuße der Koralm und haben etwa 3 ha dazugepachtet. Wir halten Schafe, Enten und Hühner und produzieren das Futter für die Tiere weitgehend selbst. Wir versorgen uns selbst mit Gemüse, Fleisch, Eingelegtem und Kartoffeln. Außerdem betreiben wir noch eine kleine gemeinschaftsgestützte Gemüseproduktion. Wir sind tragendes Element der lokalen Foodkoop, empfangen Neugierige, engagieren uns hier und da regional und über die Region hinaus, organisieren Kultur- und Infoveranstaltungen in der Region. Wir erhalten die fünf Gebäude, putzen, kochen, kümmern uns um drei Kinder …

Land-frei-kaufen – Kollektives Landwirtschaften absichern

Nebenbei versuchen wir, das Wieserhoisl zu kaufen, um den Hof auf Dauer als kollektive Landwirtschaft zu schützen. Da wir weder auf Erbschaften noch auf irgendwelche Vermögenswerte zurückgreifen können und Kredite ablehnen, sind wir auf Spenden angewiesen.

Eine Besonderheit und damit eine der denkbaren Alternativen im oben genannten Wettlauf besteht in der Art und Weise, wie wir versuchen den Hof zu kaufen: Drei Hofkollektive haben bisher an der Gründung eines Trägervereins gearbeitet, bei dem die Eigentumstitel der Höfe liegen werden. Das bedeutet im Konkreten, dass die Hofkollektive die Höfe im Namen des Trägervereins kaufen, jedoch für die Aufbringung des Kaufpreises selbst verantwortlich sind. Im Grundbuch wird der Trägerverein eingetragen. Dieser gibt die einzelnen Höfe auf der formellen Grundlage einer Nutzungsübereinkunft wiederum an die jeweiligen Nutzungsvereine, die ihre Projektinhalte und Zielvorstellungen eigenständig definieren, aber gemeinsam reflektieren.

Die Ziele des Trägervereins sind folgende:

- Die Trennung von Eigentum und Nutzung, damit ein Hof, der von einem Kollektiv nicht mehr genutzt wird, nicht einfach verkauft werden kann und somit wieder in den Immobilienmarkt zurückgeht, sondern anderen Nutzern und Nutzerinnen/Kollektiven zur Verfügung steht.
- Dauerhaftes Freispielen von Objekten, Land und Produktionsmitteln aus dem Spekulations- und Erbschaftskreislauf.
- Die langfristige Zurverfügungstellung und Schaffung von Infrastruktur wie Höfen, Häusern, Flächen für eine kollektive und emanzipatorische Nutzung.

Warum Selbstausbeutung immer noch Spaß macht

Fakt ist auch, dass neben den vielen Tätigkeiten, die den Alltag ausmachen, wenig Zeit bleibt, um Spenden zu sammeln und den Hofkauf voranzutreiben. Daher finde ich mich – etwas übertrieben – in folgender Situation wieder: Das Leben und Arbeiten am Hof wie weiter oben beschrieben ist nur durch Selbstsubventionierung möglich. Menschen müssen auswärts arbeiten und Geldwerte in die gemeinsame Kasse einzahlen, um die Landwirtschaft am Hof zu ermöglichen. So ist also automatisch, weil's ja nichts abwirft und somit nicht zur Produktion von Überschüssen beitragen kann, meine Arbeit – und im induktiven Schluss – die Arbeit aller Kleinbäuer*innen ein Luxusgut, das zu betreiben sich nur Menschen leisten können, die anderwärtig von der Kapitalproduktion profitieren – also durch Erbschaften, Spenden oder Lohnarbeit. Was für eine Ironie.

Anders betrachtet liebe ich die Zuwendung zu Grund und Boden und bleibe dabei, – vielleicht aufgrund der Alternativlosigkeit –, mir den Arsch aufzureißen, um früher oder später marktlogikfreie Orte zur Verfügung stellen zu können. Damit die Ausbeutung und Selbstausbeutung aufhört. Deshalb engagiere ich mich für den Freikauf von Land und Infrastruktur im Verein Ko.Sy, lebe kollektiv am Wieserhoisl und säe unverdrossen Vielfalt in fruchtbare Erde.

Mira Palmisano
Wieserhoislerin der ersten Stunde

LANDGRABBING – KAMPF GEGEN STEIGENDE PREISE UND FÜR ZUGANG ZU LAND IN OSTDEUTSCHLAND

Der Zugang zu Land ist in den letzten Jahren immer schwerer geworden. Neben bestehenden Betrieben und Neueinsteigern haben auch landwirtschaftsfremde Investoren Boden als renditestarke Anlageform und Spekulationsobjekt entdeckt. Sie mausern sich zu Großagrariern. „Landgrabbing“ findet nun auch in Europa und Deutschland statt und ist nicht länger nur ein Phänomen des globalen Südens.

VON PAULA GIOIA UND JUSTUS STAUDE

Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft

Landgrabbing: Regierungen auf der Südhalbkugel verkaufen ihr Land an Konzerne, Finanzunternehmen und Investorenkonsortien. Das Nachsehen hat die lokale Bevölkerung, welche seit Generationen in ländlich geprägten Regionen und gewachsenen kleinbäuerlichen Strukturen lebt und arbeitet. Sie stellt die Ernährung der Bevölkerung sicher. Laut dem Weltagrarbericht sind es nur diese Kleinbäuer*innen, die genug Nahrung für eine wachsende Bevölkerung anbauen können und gleichzeitig den Umweltkrisen – Klimawandel, Artensterben, Verlust fruchtbaren Bodens – effektiv begegnen können. Die Übereignung ganzer Landstriche an Großbauern und Investoren hat weitreichende Folgen. Nicht nur Ökologie und Umwelt, sondern auch das soziale Gefüge der Menschen ist bedroht. Sie müssen sich vom Acker machen und werden vielfach gewaltsam vertrieben.

Diese Situation der Besitznahme von Land von wenigen Unternehmen zeigt sich auch in Europa und Deutschland. „Wachsen oder Weichen“ ist auch hier immer noch die bekannte Formel für den Strukturwandel im ländlichen Raum. Nicht nur Bäuer*innen leben und arbeiten in der Landwirtschaft, sondern nun auch außerlandwirtschaftliche Konzerne und Großinvestoren, wie Möbelhersteller und Händler, Optiker, Immobilien- und Altenpflege-Unternehmen, Energieunternehmen. Diese „arbeiten“ jedoch vielmehr mit als in der Landwirtschaft. Boden ist zum einen als Anlageobjekt interessant, um auf die Wertsteigerung zu spekulieren. Zum anderen ist auch die aktive Landwirtschaft ein einträgliches Geschäft, da durch hohe Flächensubventionen und Vergütung für die Bioenergieherstellung konstante Einnahmen garantiert sind. Das derzeit historisch niedrige Zinsniveau bietet zudem ein attraktives Investment mit Aussicht auf eine hohe Rendite – in Europa, in Deutschland, vor unserer Haustür.

Ostdeutschland zeigt sich besonders geeignet, da großräumig strukturierte Industrielandwirtschaft mit großen Maschinen, Agrar-Chemie und wenig Arbeitskräften bewirtschaftet werden kann. Ganze Betriebe mit mehreren Tausend Hektaren Land werden kurzerhand gekauft und als Filialbetriebe geführt. Der Begriff Farmgrabbing ist hier treffender. 32.000 Hektar werden von einem börsennotierten Unternehmen mittlerweile in den neuen Ländern bewirtschaftet. 20 Prozent des Landkreises Märkisch-Oderland in Brandenburg (in etwa so groß wie das Bundesland Vorarlberg) werden von drei Gesellschaften beackert. Sieben Holdings streichen 15 Prozent der Direktzahlungen in Brandenburg ein. Eine „effiziente“ Landwirtschaft nach amerikanischem Vorbild entwickelt sich. Landwirte werden zu Lohnarbeitern ohne Selbstbestimmung degradiert. Dorfgemeinschaften überaltern. Und das Bild des ländlichen Raums verfestigt sich in Monokulturen und verarmter Artenvielfalt. Die Politik duckt sich weg und argumentiert, sie habe keine Steuerungsmöglichkeiten, dem Treiben auf dem freien Markt Einhalt zu gebieten.

Bodenpolitik, die Gemeineigentum verhökert

Weit gefehlt! Gerade in der Landwirtschaft hat Politik Raum zur Gestaltung. Diesen muss sie wahrnehmen, um Perspektiven aufzuzeigen. Die Bodenpolitik bietet entscheidende Stellschrauben, um die Entwicklung ländlicher Räume zu steuern.

Wem wird Land zur Verfügung gestellt? Einer großbetrieblichen, agrarindustriell ausgerichteten Landwirtschaft, wo Unternehmensgewinne aus den Regionen abfließen und diese langsam ausbluten? Zudem strukturell als Einfallstor für außerlandwirtschaftliche Investoren geeignet, die keinerlei Verbindung zur Scholle haben? Oder vielmehr einer Landwirtschaft, die sich an bäuerlichen Prinzipien orientiert und mit geschlossenen Betriebskreisläufen, umweltgerechtem Wirtschaften und sozialem Engagement in den Dörfern arbeitet?

Besonders delikat ist es, wenn der Bund nach wie vor Flächen aus Treuhandvermögen hält. Als Folge der sozialistischen Geschichte Ostdeutschlands gehören große Bodenschläge dem Staat. Allerdings führt dies zu einer neoliberalen Politik, die vorhat, diese ganzen Schläge an den höchsten Bieter innerhalb der nächsten zehn Jahre zu verkaufen. Hier geht es um Land, das uns allen als Gesellschaft gehört und wofür wir gemeinsam verantwortlich sind. Dieses veräußert der Staat meistbietend in einem verdeck-

ten Versteigerungsverfahren an zahlungskräftige Betriebe und Investoren, statt sie nach gesellschaftlichen Bedürfnissen auf dem Lande zu vergeben. Das Verhökern von gesellschaftlichem Gemeineigentum – immerhin noch gut 250.000 Hektar (nach der Wende waren es 2,5 Mio ha) – kann jeden betreffen. So sind immer wieder bäuerliche Betriebe die Verlierer*innen, wenn sie sich die ständig steigenden Preise nicht leisten können. Seit 2008 sind die Preise für Boden aufgrund der Verkaufspraxis von staatlichem Land jährlich um mindestens 20–30 % gestiegen. Während pro Hektar Land 2006 durchschnittlich nur 4.436 Euro gezahlt wurden waren es 2010 schon 10.418 Euro und 2013 15.411 Euro/ha. Als Ergebnis wird jungen Landwirt*innen und bäuerlichen Höfen der Zugang zu Land verwehrt, da sie nicht mit so großen Unternehmen konkurrieren und sich die Grundstückspreise nicht leisten können.

Land für junge Menschen und kollektive Projekte

Hier gäbe es die Möglichkeit, gezielt bäuerliche Betriebe, Existenz- und Neugründungen zu unterstützen und Akzente in Richtung Wertschöpfung, höherem Arbeitsplatzangebot, Steueraufkommen und Diversifizierung der Produktpalette zu setzen und Regionen aus der Region mit guten Lebensmitteln zu versorgen. Eine aktive Bodenpolitik bietet Möglichkeiten, dem demografischen Wandel auf dem Land zu begegnen, junge Leute zu halten, für die Landwirtschaft zu begeistern und auch eine regionale kulinarische Kultur wiederzubeleben. Das Interesse von jungen Leuten, auf dem Land zu leben und zu arbeiten, steigt. Sie sind gut ausgebildet, kreativ und sehen große Potentiale in Absatzmärkten, beispielsweise in der Region Berlin-Brandenburg. Wie auch bestehende, in der Region verankerte Betriebe brauchen sie aber eine faire Chance! Um sich zu gründen, sich zu etablieren und in ihrer Existenz bestehen zu können. Dazu brauchen sie Unterstützung! Seitens der Politik wünschen wir uns den Willen, sich gemeinsam für eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu engagieren.

Wir sind eine Gruppe von jungen Bäuer*innen, Hochschulabsolventen, Auszubildenden und Aktivist*innen, die 2012 das Bündnis Junge Landwirtschaft (BJL) gegründet und die Kampagne „Stopp Landgrabbing in Ostdeutschland“ gestartet haben (www.buendnisjungelandwirtschaft.org). Wir möchten Widerstand leisten und unsere Rechte als junge Menschen, die in die Landwirtschaft gehen wollen, fordern. Seit 2012 kämpfen wir für kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ernährungssouveränität. Wir machten Aktionen vor dem Büro der Firma, die die Privatisierungen des gesellschaftlichen Gemeineigentums durchführt (BVVG), nahmen an den „Wir haben es satt“-Demonstrationen in Berlin teil, gaben Workshops, hielten Vorträge, machten Infoveranstaltungen, Presse- und Lobbyarbeit bei Parteien und Länderregierungen.

Interessanterweise haben wir auch schnell einen Teil unserer Forderungen durchgesetzt, die Änderungen der Privatisierungsrichtlinien (die Losgröße wurde halbiert von maximal 50 ha auf 25 ha – wir fordern maximal 10 ha, und die „beschränkte Ausschreibung“ wurde von 5.000 ha auf 7.500 ha pro Jahr erhöht und für Junglandwirt*innen geöffnet). Allerdings hat sich da nicht viel geändert. Es wird weiter Land meistbietend verhökert. Die Preise steigen und die Landschaft ist vom Mais und anderen gewinnbringenden Monokulturen dominiert – auch, weil unsere Hauptforderung ignoriert wurde: Stopp des Ausverkaufs!

Ein wahrhaftiger Wettlauf um unseren Boden

Das zehnjährige Hofkollektiv in Bienenwerder (olib-ev.org), wo zwei von uns leben, ist einer von vielen anderen Kleinbetrieben, die von Investoren und Agrarunternehmen bedroht wurden. Sie versuchten, das Land unter unseren Füßen weg zu grabschen. Als es um den Kauf der ersten 5 ha ging – die Fläche, auf der unsere Gemüsegärtnerei ist, und damit die Grundlage und das Rückgrat des Hofes – haben wir einen viel höheren Preis als den „Marktwert“ geboten – weil wir nicht wussten, wer sonst noch mitbietet und wir unbedingt das Land brauchten. (Wir haben das Land damals schon fünf Jahre bewirtschaftet. Und weil es ökologisch bewirtschaftetes Gartenland war, haben wir uns auch noch selber eine „Wertsteigerung“ eingebrockt.) Als Folge ist dann der „Marktwert“ der arrondierten Flächen, die wir in den zwei darauf folgenden Jahren erwerben konnten, massiv gestiegen. Wir haben uns also unsere eigene Preissteigerung beschert. Wir hatten immer auch finanzstarke Konkurrenten, die auf unser Land mitgeboten haben: ein Biogasunternehmen, ein Windkraftkonzern und die lokale Großbäuerin – ein Pferdehof für die Berliner*innen. Dank einer dreijährigen politischen Kampagne und einer Menge Glück hat das Hofkollektiv Bienenwerder nun das Land der Hofstelle sichern können.

Unser Bündnis zusammen mit der lokalen Jugendorganisation von La Via Campesina in Deutschland (jAbL) fordert ein Moratorium von weiterem Verkauf von Staatsland. Wir fordern die Unterstützung für Junglandwirt*innen, um Arbeitsplätze und nachhaltige Lebensgrundlagen zu schaffen und einen Beitrag zur Ernährungssouveränität zu leisten. Wir glauben, dass der Zugang zu Land für Kleinbäuer*innen unterstützt werden muss, statt Investoren zu fördern, die keine lokalen Verbindungen oder Ideale in Bezug auf eine nachhaltige Landwirtschaft haben. Unser Boden ist im Ausverkauf. Aber als junge Bäuer*innen in Deutschland kämpfen wir weiter gegen einen Ausverkauf. Ernährungssouveränität hier und jetzt!

Justus Staude (Gemüsegärtner, Bündnis Junge Landwirtschaft)
Paula Gioia (Lehrling in der biologisch-dynamischen Ausbildung, Bündnis Junge Landwirtschaft)

Bündnis Junge Landwirtschaft, c/o Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Marienstraße 19-20, 10117 Berlin
Tel.: 030/27590325, landgrabbing-presse@riseup.net
www.buendnisjungelandwirtschaft.org
Facebook/Bündnis Junge Landwirtschaft

ÖBV-*Info/Veranstaltungen II*

LUNGAUER HERBSTSYMPOSIUM

Zukunft (s) Markt – Ernährungs-souveränität oder Weltmarkt
Do, 13. November bis
So, 16. November 2014
Biohof Sauschneider St. Margarethen im Lungau
Welche Wege durchläuft ein Lebensmittel oder ein anderes Produkt, bis es zu den Endkund*innen kommt? Wie werden wir in Zukunft einkaufen? Wie und wo sollen die Produktionsstätten sein und welche Formen des Marktes werden wir wählen? Ist Ernährungssouveränität ein Mittel, um Regionen wie den Lungau attraktiv zu halten oder ist es besser, sich den Strukturen des Weltmarktes zu unterwerfen? Diese und ähnliche Fragen werden bei diesem Symposium diskutiert.

Vorläufiges Programm:
Do, 13. November 2014, 19:30
LKV Tamsweg. „Planet zu verkaufen"; anschließend Gespräch mit Brigitte Reisenberger (FIAN)
Fr, 14. November 2014, 19:30
„Preis für unser Gemüse", Gespräch mit Sonia Melo (Erntehelferkampgne Innsbruck)
„Frische Wege" Gespräch mit Antonia Osberger (Verein Erdling)
Sa, 15. November 2014, 13:30
„Milch. Macht und Märkte" Ernst Halbmayer (IG-Milch)
„Kleine Bauern, große Bosse" Ludwig Rumetshofer (ÖBV)
19:30 Podiumsdiskussion „Was brauchen periphere Regionen wie der Lungau – Ernährungssouveränität oder Weltmarkt?" mit Ernst Halbmayr, Ludwig Rumetshofer, Michael Kerschbaumer, Gunther Naynar, Eva Keller (angefragt)
So, 16. November 2014, ab 9:30
Symposiumsbrunch, Film und Gespräch, „Super. Markt. Macht", „Nicht gut genug", anschließend Gespräch mit Bernd Fischer, Kaufmann in Steyr
Weitere Infos:
www.biosphaere-lungau.at

TAG DER OFFENEN HOFTÜR & VORSTELLUNG VON SOLIDARISCHER LANDWIRTSCHAFT

Sa, 15. November 2014, ab 11:00
Biohof Reisenbauer, Königsegg 17, 2851 Krumbach
Kontakt: Michaela Reisenbauer
Tel. 0676 – 9712208
bioreisenbaeuerin@kraeuteregg.at
Hofbesichtigung und Vorstellen des geplanten CSA-Projektes „gemeinsam landwirtschaften"

BÄUERINNENSEMINAR „IN DIE TIEFE WACHSEN"

Das Eigene wertschätzen und dadurch Stärke gewinnen
Sa, 22. November, 10:00 bis So, 23. November 2014, 16:00
Seminarhotel Waldheimat
Oberndorf 23, 4210 Gallneukirchen

Wir Bäuerinnen bekommen immer wieder gesagt, dass unsere Leistung, unsere Produktion, unsere Höfe wachsen sollen. Viel zu oft geben wir diesem Druck nach. In diesem Seminar wollen wir unsere eigenen Leistungen und Fähigkeiten anschauen und wertschätzen lernen, sodass wir innere Stärke für den Widerstand gegen den Wachstumszwang gewinnen. Wir wollen in uns entdecken, wie unser Bild von einem erfüllten und zufriedenen Leben aussieht. Wir wollen nicht an Größe wachsen, sondern in die Tiefe!
Seminarleiterin: Susanne Bock, Dipl. Ehe-, Familien- und Lebensberaterin
Übernachtungskosten + Vollpension:
DZ 77,50 Euro/EZ 84,50 Euro
Seminarbeitrag:
für ÖBV-Mitglieder 30 Euro/
Nicht-ÖBV-Mitglieder 45 Euro
Bei Bedarf wird Kinderbetreuung angeboten!
Anmeldung: monika.thuswald@via-campesina.at, Tel 01-89 29 400
Anmeldeschluss: 5. November 2014

NYÉLÉNI ÖSTERREICH „HERBSTGESPRÄCHE"

Sa, 29. November 2014
WUK, Währinger Straße 59
1090 Wien
Die Bewegung für Ernährungssouveränität wächst und gedeiht. Wir wollen uns bei einem Herbsttreffen für alle alten und neuen Bewegungsaktiven wieder an einem Ort versammeln, um uns auszutauschen, inhaltlich zu diskutieren und die nächsten Schritte zu gehen. Im ersten Teil geht es um eine inhaltliche Auseinandersetzung und/oder die Erweiterung unseres methodischen Werkzeugkastens. Der zweite Block wird sich auf Berichte und Updates aus den Regionen und den Projektinitiativen konzentrieren und anstehende strategische Fragen im Plenum klären.
Genaues Programm bald auf:
www.ernährungssouveränität.at

Veranstaltungen 1. Teil Seite 28

„KLIMA-SCHLAUE LANDWIRTSCHAFT“?

Wie sich sogenannter Klimaschutz auf den Zugang zu Land auswirken kann.

VON MAGDALENA HEUWIESER

Ausgerechnet „CSA“ ist die Abkürzung für dieses neue Wundermodell, das FAO und Weltbank begeistert als Lösung für Klimawandel sowie Welternährung vorantreiben. Nein, keine „Community Supported Agriculture“ – leider, obwohl die solidarische und ökologische Landwirtschaft den gesetzten Zielen sicherlich eher gerecht werden würde.

„Climate Smart Agriculture“ ist ja eben so ‚smart‘, den Klimawandel zu bekämpfen, ohne dabei auf exportorientierte industrialisierte Landwirtschaft verzichten zu müssen. In dieser liege vielmehr das Potential, heißt es: Gentechnik, Chemiedünger, mehr Produktivität und CO_2-Berechnungen sind das Credo, versteckt hinter einem Diskurs von Umweltschutz und Armutsbekämpfung. Climate Smart Agriculture soll auf den nächsten UN-Klimagipfeln neben anderen marktbasierten Mechanismen wie Landscape REDD als grüne Rettung des Planeten verkauft werden. La Vía Campesina und weitere Organisationen zeigen auf, dass es sich dabei um falsche Lösungen handelt.

Landwirtschaft ist zurück auf der Klima-Agenda

Inzwischen ist klar: Klimawandel hat einen starken Einfluss auf Landwirtschaft und bewirkt auch jetzt schon zunehmende Wasserknappheit und Ernteverluste. Besonders betroffen ist davon der Globale Süden. Die Landwirtschaft beeinflusst aber auch das Klima. Vor allem die industrielle Land- und Forstwirtschaft, die indirekt damit verbundenen Landnutzungsänderungen wie Abholzung sowie der Transport, der für die exportorientierte Landwirtschaft notwendig ist, sind für einen Großteil der globalen Treibhausgasemissionen verantwortlich. Die Veränderung unseres Agrar- und Ernährungssystems ist somit wichtig im Einsatz gegen Klimawandel. Agrarökologische Landwirtschaft verursacht weit weniger Emissionen, ist wassersparsamer und beugt außerdem unter anderem aufgrund des behutsameren Umgangs mit dem Boden und der Diversifizierung der Kulturen den negativen Folgen der Klimaerwärmung vor.

Auch die UN-Organisationen und andere große Institutionen wie Banken und Konzerne sehen Handlungsbedarf. Ihr Ansatz geht jedoch in eine ganz andere Richtung. Die Logik von Climate Smart Agriculture und Landscape REDD ist folgendermaßen: Wenn auf einer landwirtschaftlichen Fläche die Produktivität erhöht wird (durch den Einsatz von Pestiziden, Gentechnik, etc.), muss die landwirtschaftliche Fläche insgesamt nicht ausgeweitet werden und kann der Wald erhalten bleiben. Und wenn dabei berechnet wird, wie viel Treibhausgase durch die unterlassene Waldzerstörung und andere Methoden eingespart werden, kann der Emissionshandel diesen Aufwand finanziell honorieren. Klimaschutz muss rentabel, eine neue Quelle für Profit sein.

Climate Smart Agriculture in Kenia

Das „Kenya Agricultural Carbon Project“, das vom BioCarbon Fund der Weltbank finanziert wird und neben Entwicklungsagenturen auch die „Syngenta-Stiftung für Nachhaltige Landwirtschaft“ als Partner anführt, soll 60.000 Landwirt*innen ermöglichen, die Produktivität ihrer landwirtschaftlichen Erzeugung zu erhöhen, sich dem Klimawandel anzupassen und durch Kohlenstoffbindung in ihren Böden zum Klimaschutz beizutragen. In der Praxis bedeutet das: höheren Input an Technologie, Herbiziden, teurem hybridem Maissaatgut von Syngenta, dubiose CO_2-Speicherberechnungen und ein Einkommen für die Bäuer*innen von ganzen 2 bis 5 US$ pro Hektar pro Jahr durch den Verkauf von CO_2-Zertifikaten (!). Es geht weder um die Diversifizierung des Anbaus noch um ökologische Landwirtschaft – sondern letzten Endes um die Kontrolle über das Land und die Art und Weise, Landwirtschaft zu betreiben, sowie um die Behauptung, es würde doch Klimaschutz betrieben werden.

„Die Felder unserer Bäuer*innen in CO_2-Speicher zu verwandeln – deren Gutschriften dann auf dem Emissionsmarkt verkauft werden können – wird uns nur weiter davon entfernen, was wir als wirkliche Lösung sehen: Ernährungssouveränität. Der Kohlenstoff in unseren Bauernhöfen ist nicht käuflich!“, war die klare Aussage von La Vía Campesina beim Klimagipfel 2013 in Warschau.

Laut Pablo Solón, dem ehemaligen Klimaverhandler und UN-Botschafter von Bolivien, liegt eine große Gefahr darin,

Foto: Eva Schinnerl

dass Climate Smart Agriculture zu starken Konflikten und Spaltungen in bäuerlichen Gemeinden und Organisationen führen könnte. Während sich manche in der Hoffnung auf – oft unwahrscheinliche – Einkünfte auf die Projekte einlassen, erkennen andere darin neue Abhängigkeiten. Wie bei vielen marktbasierten Projekten ist auch zu erwarten, dass eher die größeren (männlichen) Grundbesitzer und Plantagenbetreiber profitieren würden, nicht die Kleinbäuer*innen und indigenen Gemeinden.

Landscape REDD in Brasilien

Landscape REDD ist ein weiteres Instrument, das derzeit von der Weltbank und anderen Institutionen vorangetrieben wird. Schon seit einigen Jahren gibt es ein Programm zur „Reduzierung von Treibhausgasen durch Entwaldung und zerstörerische Waldnutzung“ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation REDD). Dabei wird weltweit der Waldbestand kartiert und dessen CO_2-Speicherfunktion – auf dubiose Art und Weise – berechnet. Ziel ist, dass Waldeigentümer*innen für den Schutz ihres Waldes bzw. für die unterlassene Abholzung über den Emissionsmarkt Geld bekommen. Obwohl das Instrument sich als praktisch kaum umsetzbar, kostspielig und ineffektiv erwiesen hat und von vielen indigenen Bewegungen als große Gefahr erkannt und abgelehnt wurde, soll der Ansatz nun sogar ausgeweitet und in einem etwaigen zukünftigen UN-Klimaabkommen verankert werden:

Mit Landscape REDD werden nun neben Emissionen durch Entwaldung auch diejenigen aus landwirtschaftlicher Landnutzung berücksichtigt. Viele Agrarkonzerne treiben dieses Modell voran, da sie darin eine Möglichkeit für Profite sehen und sie ein neues „grünes“ Label für ihre Produkte erhalten können. Bisher erfüllten die Runden Tische für Nachhaltiges Soja, Palmöl, Zuckerrohr oder Rind diese „Greenwashing“-Funktion für die Unternehmen, die durch geringfügige Veränderungen in ihren industriellen Plantagen von Umweltorganisationen wie dem WWF ihr Nachhaltigkeits-Siegel verpasst bekommen. Diese „Runden-Tisch“-Standards sollen nun auch Indikatoren für Treibhausgasreduktion enthalten. Das bedeutet letztendlich, dass mit der exportorientierten industriellen Monokulturproduktion kooperiert wird, anstatt sie als Problemverursacher an den Pranger zu stellen und Kleinbäuer*innen in ihren tatsächlich nachhaltigen Praktiken zu unterstützen.

Einer der Akteure, der in Brasilien Landscape REDD fördert, ist die aus den USA stammende riesige Umweltorganisation Conservation International. Projektpartner ist unter anderem das berühmt-berüchtigte Unternehmen Monsanto, welches aggressiv Sojaplantagen, Pestizide und gentechnisch verändertes Saatgut vorantreibt. Warum? Daniela Mariuzzo, Monsantos Managerin für Nachhaltigkeit und Unternehmensverantwortung erklärt: „Diese Initiative steht in Einklang mit Monsantos Mission, das tägliche Leben der Landwirte zu verbessern und sie darin zu unterstützen, mehr und besser zu produzieren, auf eine nachhaltige Art und Weise“.

Inzwischen dürfte also klar sein, mit welcher Art von Nachhaltigkeit wir es zu tun haben …

Ziel von Landscape REDD in Brasilien ist, durch Intensivierung der Produktion auf der bestehenden Landwirtschaftsfläche die festgelegten Grenzen für Waldrodung nicht überschreiten zu müssen. Die vermiedene Rodung soll durch Geldzah-

Foto: Eva Schinner/

lungen über den Emissionsmarkt belohnt werden. In der Praxis kann jedoch nicht bewiesen werden, ob nicht auch ohne REDD-Einkünfte die Flächen brach gelegen und die Wälder nicht ohnehin erhalten geblieben wären. Das führt letztendlich soweit, dass die größten landwirtschaftlichen Betriebe am meisten Geld machen können: Je mehr sie planen, abzuholzen (und dies dann doch nicht tun), desto mehr Emissionszertifikate können sie verkaufen.

Was ist die Konsequenz für Kleinbäuer*innen? Gerson Teixeira, ehemaliger Präsident der Brasilianischen Vereinigung für eine Agrarreform zeigt auf, dass das wichtigste Instrument der Agrarreform darin besteht, Großgrundbesitzer, die ihre landwirtschaftlichen Flächen nicht nutzen, zu enteignen und die Flächen an Landlose zu verteilen. „Die Möglichkeit, Emissionszertifikate zu verkaufen, wird unproduktiven Großgrundbesitz in ‚CO_2-Fabriken' verwandeln". Ein neues Hindernis für die Agrarreform und die mit ihr verbundene Umverteilung von nicht genutztem Großgrundbesitz an Landlose in Brasilien.

Kleinbäuer*innen verlieren – Konzerne gewinnen

Klimawandel und Umweltzerstörung sind ein reales Problem. Dass dagegen dringend vorgegangen werden muss, weiß heute jedes Kind. Doch sieht man genau hin, erscheinen die meisten vorgebrachten Lösungen wie Ablenkungsmanöver. Sie gehen komplett an den Ursachen vorbei. Unsere Produktions- und Konsumweise, unser egoistischer Lebensstil, sie werden kaum angesprochen – schließlich wäre das schlecht für Wachstum und Profit. Stattdessen wird die Klimakrise dafür instrumentalisiert, noch mehr Geld zu machen und die Konzernmacht auszuweiten. Wie bei den meisten der aktuellen Lösungsvorschläge wird auch bei Climate Smart Agriculture oder Landscape REDD deutlich, dass Kleinbäuer*innen oder indigene Gemeinden meist Sündenböcke und Verlierer*innen sind. Sie sollen ihre traditionellen Landwirtschaftspraktiken zugunsten von (scheinbarem) Klimaschutz und Produktivitätssteigerung mittels intensiverer Landwirtschaft aufgeben und durch industrielles Saatgut und (unsichere) Einkommen aus Emissions- oder Biodiversitätsmärkten an den internationalen Finanzmarkt gebunden werden. Die Erfahrungen mit dem Emissionshandel, dem Vorreiter der aktuellen marktförmigen Lösungen, sind: Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass dieser zu einer Reduktion von Treibhausgasen geführt hat. Was er jedoch erreicht hat ist, dass die Aufgabe der Reduktion auf den Globalen Süden, auf die ärmeren Gesellschaftsschichten abgeschoben wurde, während sich Konzerne an dem neuen Markt bereichern konnten. Eine Art grüner Kolonialismus.

Pat Mooney der ETC-Gruppe bringt es auf den Punkt: „Für die Kleinbäuer*innen auf dieser Welt hat das nichts mit smart zu tun. Es ist einfach nur eine weitere Strategie, um die von Konzernen kontrollierten Technologien auf ihre Felder zu bringen und sie ihres Landes zu berauben."

Magdalena Heuwieser ist bei AgrarAttac und arbeitet mit dem österreichischen Projekt „Finance & Trade Watch" und dem europaweiten Netzwerk „No to Financialisation of Nature" kritisch zu Green Economy, Finanzialisierung der Natur und ‚falschen' Klimalösungen. Mehr Informationen auf: www.ftwatch.at

Literatur- und Linkliste bei der Redaktion erhältlich.
office@viacampesina.at

LAND GRABBING VOR UNSERER HAUSTÜR

Besonders in Osteuropa schreiten Landkonzentration und Land Grabbing rapide voran. Aktuelle Recherchen von FIAN Österreich zeigen: Auch österreichische Akteure mischen im Wettlauf um Land mit und eignen sich im großen Stil Land in Rumänien, Serbien und Ungarn an. Die Bäuerinnen und Bauern vor Ort profitieren vom Investitionsboom kaum, ganz im Gegenteil. Durch die massive Verschiebung der Besitzverhältnisse in diesen Ländern sind weitreichende Änderungen für die lokale Landwirtschaft zu erwarten.

VON BRIGITTE REISENBERGER

Land Grabbing beschreibt eine Entwicklung der letzten Jahre, in der sich internationale Konzerne oder Finanzinvestoren und nationale Eliten riesige Flächen Land sichern. Land Grabbing ist kein vollkommen neues Phänomen. Der neueste Wettlauf um Land und damit verknüpfte Ressourcen wie Wasser hat jedoch seine spezifischen Merkmale – wie rasante Landkonzentration – und muss im Kontext und als Reaktion auf multiple globale Krisen gesehen werden: die Klimakrise, die Ernährungskrise, die Energiekrise und die Finanzkrise.

Der EU-Beitritt Ungarns und Rumäniens beinhaltete die Verpflichtung, den Landmarkt zu liberalisieren. Das bedeutet auch die Öffnung des Landmarkts für ausländische Käufer*innen, die 2014 voll in Kraft treten soll. Zusammen mit dem Fehlen staatlicher Hilfe für kleine und mittlere bäuerliche Betriebe trägt das zu Land Grabbing und zur steigenden Konzentration von Landeigentum bei. Der Zugang zu Land ist auch in Europa eine menschenrechtliche Angelegenheit, denn ein Teil der europäischen Bevölkerung ist für seine Lebensgrundlage auf direkten Zugang zu Land angewiesen. Die Verwaltung von Land muss auch in Europa auf die nachhaltige Produktion von gesunden Nahrungsmitteln für die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung abzielen, anstatt auf die Profite einiger weniger machtvoller Akteure.

Rumänien: Bonanza für neue Großgrundbesitzer

„Am Gipfel des internationalen Wettlaufs um Land und Ressourcen stehen Millionen Kleinbäuerinnen vor dem Verschwinden und junge Bauern werden in die Auswanderung gedrängt. Das muss ein Ende haben“, so Attila Szocs von Ecoruralis, einem Kleinbäuer*innen-Netzwerk in Rumänien. Mit ihren Produkten sind die Kleinbäuer*innen oft nicht konkurrenzfähig und der Verkauf des Bodens bleibt als einzige Option. Im Versuch, der Armutsspirale zu entkommen, finden sie sich dann nicht selten als schlecht bezahlte und prekär beschäftigte Erntehelfer*innen in Westeuropa wieder – auch in Österreich. Im Jahr 2013 kam der überwiegende Teil der migrantischen Erntehelfer*innen in Österreich aus Rumänien. Dort befinden sich trotz noch bestehender gesetzlicher Hürden bereits 700.000 Hektar Agrarland in den Händen von transnationalen Unternehmen. Österreichische Investoren sollen bereits sechs Prozent dieser 700.000 Hektar kontrollieren. Lokale mittlere und kleine Betriebe haben beim Landkauf das Nachsehen. Rumänische Zwischenhändler*innen kaufen Land parzellenweise auf und üben Druck auf die Landbevölkerung aus, die mit der Situation oft überfordert ist. Ist das Land dann erst zu einem Puzzle zusammengefügt, geht der Boden dann nicht selten zum zehnfachen Preis an internationale Firmen. Die Bevölkerung hat kaum eine andere Wahl, als das Auftauchen europäischer Agroindustrieunternehmen zu akzeptieren, die

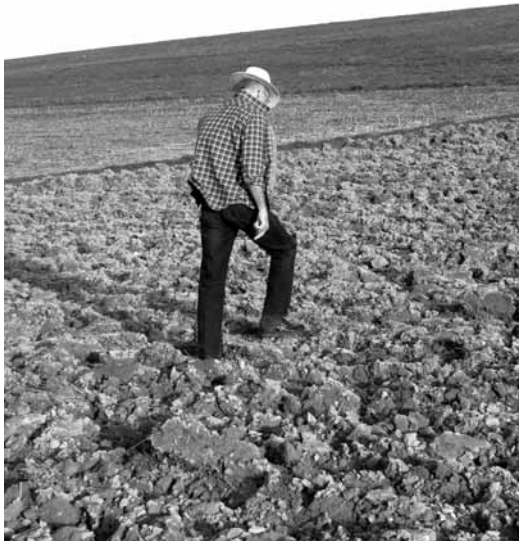


Foto: Eva Schinner/

sich über Pacht oder Kauf von Land niederlassen. Die Aussicht auf EU-Agrarsubventionen unterstützt diese Entwicklungen. Die Hälfte der rumänischen EU-Agrarsubventionen im Jahr 2012 wurde von nur einem Prozent der Höfe bezogen, die je über 500 Hektar groß sind.

Österreichische Investoren sind in Rumänien dicht vertreten. Andreas Bardeau, Honorarkonsul von Rumänien, steht für zahlreiche österreichische Agrarier, die in Rumänien in Grund und Boden investieren. Firmen, die dem österreichischen Investor zugeordnet werden, kaufen in den westlichen Landkreisen Timis und Caras-Severin Land auf und investieren in Ackerbau und Rinderhaltung. Ziel ist, die gesamte Wertschöpfungskette abzudecken – Klein- und Mittelbetriebe können da meist nicht mithalten.

Serbien: Entwicklungsgelder für Großkapital

Während viele Nachbarländer versuchen, ausländische Investitionen in Land zu erschweren, treibt Serbien die Liberalisierung des Landmarkts aktiv voran. In manchen Fällen versuchten Zusammenschlüsse von Kleinbäuer*innen im Wettbewerb gegen Großgrundbesitzer*innen standzuhalten und Staatsland in ihrer Gegend zu pachten. Das führte zu Konflikten bei öffentlichen Auktionen. Kontraktpartner des österreichischen Unternehmens Advance Management bewirtschaften in Serbien bereits eine Gesamtfläche von 100.000 Hektar. Auf den Flächen wird von vorwiegend großen privaten und staatlichen Betrieben über Vertragsanbau Weizen, Mais- und Sonnenblumensaatgut produziert. Die vier größten serbischen Landeigentümer besitzen zusammen mehr als 100.000 Hektar Land. Einer von ihnen ist die MK Group mit 24.000 Hektar. Die MK Group Serbien zählt zu den führenden Agrarunternehmen Südosteuropas und produziert unter anderem Zucker, Mais und Weizen. Unterstützt wird die MK Group Serbien dabei durch einen Kredit der österreichischen Entwicklungsbank in der Höhe von 15 Millionen Euro. Die MK Group hat bereits ihre Fühler in die Ukraine ausgestreckt und dort in weitere 40.000 Hektar Land investiert.

„Landwirtschaftliche Böden dürfen nicht an Marktspekulanten oder Agrarbusiness-Unternehmen verkauft werden. Serbien erwirtschaftet die höchsten Profite über den Export von landwirtschaftlichen Produkten, aber gleichzeitig sterben in Serbien Menschen an Hunger. Solange das so ist, bedeutet das, dass die Dinge gegen jegliche Vernunft organisiert sind. Die lokale Bevölkerung muss die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen und die darauf erwirtschafteten Profite haben und diese müssen gerecht innerhalb der Bevölkerung verteilt werden, anstatt der Geschäftemacherei einer kleinen Gruppe von Personen zu dienen“, so Milenko Sreckovic von Pokretza Slobodu – einer serbischen Arbeiter*innen- und Kleinbäuer*innen-Organisation.

Ungarn: Kleinbauern verdrängt

Nach Schätzungen des österreichischen Landwirtschaftsministeriums bewirtschaften rund 200 österreichische Betriebe 200.000 Hektar Land in Ungarn, das sind vier Prozent der ungarischen Agrarfläche. In einigen Dörfern nahe der österreichischen Grenze wurden bereits 80 Prozent des Agrarlandes aufgekauft oder verpachtet. Die Landkonzentration bedingt soziale Spannungen in den ländlichen Regionen Ungarns. Die Anzahl der Bauern und Bäuerinnen reduziert sich, Dörfer werden verlassen, die bäuerliche Bevölkerung überaltert zusehends. Die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wird mehr und mehr zerstört. Landinvestitionen werden in Ungarn aber nicht nur von ausländischen Investoren vorangetrieben. Nationale Oligarchen haben in den letzten zwei Jahrzehnten enge Beziehungen zu Ungarns politischer Elite aufgebaut und sich große Landflächen und die damit einhergehenden EU-Agrarsubventionen angeeignet.

Österreich und auch Serbien, Rumänien oder Ungarn sind Vertragspartner*innen des Menschenrechtspakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und haben sich damit u. a. dazu verpflichtet, das Recht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen und zu gewährleisten. Die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung verlangt nach einer nachhaltigen Produktion und dem Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln für jedes Mitglied der Gesellschaft. Das beinhaltet das Recht der Menschen, ihre Lebensmittelversorgung so zu organisieren, dass sie ihren eigenen Entscheidungen und Präferenzen über Produktion und Konsum entspricht. Die Verwaltung von Land und natürlichen Ressourcen sollte daher auf die nachhaltige Produktion von gesunden Nahrungsmitteln für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung abzielen.

Mehr dazu: FIAN Österreich, 2014: „Landkonzentration und Land Grabbing in Osteuropa. Die Rolle österreichischer Unternehmen.“ www.fian.at/osteuropa

Brigitte Reisenberger ist Mitarbeiterin von FIAN Österreich

DAS LAND GEHÖRT ALLEN

Nachdenken über Städtebau, Raumplanung, Eigentum und Grund und Boden.

VON JUDITH LEITNER

„Was hat mich politisiert? Es ist nicht leicht, das genau zu sagen. Ich erinnere mich zum Beispiel an etwas: Ich habe mich als Architekt für Städtebau interessiert, […] d. h. mich hat die Möglichkeit interessiert, Städte zu bauen, die wir gebrauchen können, und ich habe erkannt, warum das nicht geht: Da ist vor allem das Bodenrecht, eine ganz konkrete Angelegenheit. Ich habe dann die Gelegenheit gehabt, in verschiedenen Ländern herumzufahren und meine Vorträge zu halten über Städtebau, und all die Leute, die da an der Städteplanung arbeiteten, hatten nur immer eine Frage: Können wir das denn machen, solange wir dieses Bodenrecht haben, das Bodeneigentum und die Möglichkeit der Spekulation mit Boden? Jeder hat gewußt, daß er das nicht machen kann, also ist es eine rein platonische Arbeit für die Schubladen und für die Schränke. So war dann der Punkt erreicht, das entweder als Traum weiterzumachen – das wollte ich nicht – oder sich zu politisieren und zu versuchen, das zu ändern. Und ich habe gehofft, daß man da etwas ändern könnte: nicht etwa, daß es überhaupt kein Eigentum mehr geben sollte, sondern kein Eigentum mehr an Grund und Boden.“[1] (Max Frisch)

Foto: LandLuft

Klosterweiler in Weyarn

Instrumente gegen Spekulation – ein Versuch in Bayern

Über Städtebau und Raumplanung nachzudenken geht nicht, ohne über Eigentumsverhältnisse nachzudenken. Lebensräume zu bauen, die wir langfristig gebrauchen können, geht nicht, ohne die herrschenden Verhältnisse – insbesondere jene der Verfügbarkeit über Grund und Boden – in Frage zu stellen. Werden diese Fragen im Studium der Planungsdisziplinen vielleicht noch gestreift, ist die Praxis der Stadt- und Raumplanung fast ausschließlich damit beschäftigt, sich mit den Sachzwängen zu arrangieren. Auch auf Verwaltungsebene gibt es nur ganz wenige Versuche, alternative Modelle des Umgangs mit Grund und Boden zu fordern, zu entwickeln oder zu testen.

Eines der wenigen Beispiele, wo auf kommunaler Ebene versucht wird, die Baulanderweiterung so zu steuern, dass Spekulation mit Grund und Boden verhindert werden kann, ist Weyarn. Die im direkten Umland von München gelegene Gemeinde wurde bereits von LandLuft (Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen) im Rahmen des Forschungsprojekts „Baukultur in ländlichen Räumen“ im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ausführlich porträtiert.[2] Für die „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ ist Weyarn nicht zuletzt deshalb interessant, weil es sich um eine Region handelt, in der eine relativ kleinteilig strukturierte Landwirtschaft bis heute eine große Rolle spielt. Derzeit gibt es noch etwa 40 Haupterwerbsbauern in der etwa 3.400 Einwohner*innen zählenden, auf zahlreiche kleine Dörfer verstreuten Gemeinde. Etwa die Hälfte der Fläche wird landwirtschaftlich, insbesondere zur Milchproduktion genützt. Ein Teil der Gemeinde ist Wasserschutzgebiet, das München mit Trinkwasser versorgt und in dem nur ökologische Landwirtschaft erlaubt ist.

Was die kommunale Politik in den letzten Jahrzehnten besonders beschäftigt hat, ist der durch die gute Anbindung an München entstandene enorme Zuzug und die damit verbundene Bautätigkeit, die vorwiegend neue Siedlungsgebiete im Einfamilienhausbau hervorgebracht hat. Die Grundstückspreise für Bauland stiegen rasant an und betragen heute an die 300 Euro pro Quadratmeter. Besonders junge Einheimische, die nicht das Glück hatten, Bauland zu besitzen, und in Weyarn bauen wollten, beklagten die Situation. Um dem entgegenzuwirken, setzte sich Bürgermeister Michael Pelzer (Jurist, mit Schwerpunkt ländlicher Entwicklung) mit der Geschichte des Boden- und Landnutzungsrechts auseinander und entschied, für seine Gemeinde ein Einheimischenmodell im Erbbaurecht zu installieren, das vor allem der Förderung junger Familien und ortsansässiger Gewerbetreibender dient.

1 Heinz Ludwig Arnold: „Was bin ich?“ Über Max Frisch. Göttingen 2002, S. 52

2 Der Forschungsbericht „Baukultur in ländlichen Räumen“, in zweiter Auflage herausgegeben vom BM für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB), Bonn 2014, kann per Mail an Modellvorhaben-Baukultur@BBR.Bund.de, Stichwort: „Baukultur in ländlichen Räumen“ bestellt werden und ist auch online verfügbar: http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BMVBS/Sonderveroeffentlichungen/2013/BaukulturLaendlicheRaeume.html?nn=440378

Foto: LandLuft

Siedlung Schmiedberg, Architekt Matthias Reichenbach-Klinke

Bauen im Erbbaurecht

Das Erbbaurecht ist ein vererbbares Recht, auf einem Grundstück Gebäude zu errichten, wobei das Grundstück im Eigentum – in diesem Fall – der Gemeinde verbleibt und nur gepachtet wird.

Um Bauparzellen anbieten zu können, versucht die Gemeinde Weyarn Flächen, die für die Baulanderweiterung sinnvoll scheinen, zu erwerben bzw. Grünland als Tauschflächen für ortsnahe Grundstücke einzusetzen. Um Bauland zu mobilisieren, bezahlt die Gemeinde für Grünland im Außenbereich bei ortsplanerischer Eignung den Eigentümer*innen das Doppelte des üblichen Preises, also zehn Euro pro Quadratmeter. Der wirtschaftliche Anreiz für die Verkäufer*innen wurde dadurch verstärkt, dass nur zwei Drittel der Fläche in kommunalen Besitz übergehen und sie das dritte Drittel zu marktüblichen Preisen für Bauland weiterverkaufen dürfen. Unmittelbar nach der Einführung des Erbbaurechts 1983 war das neue Modell in der Gemeinde derart umstritten, dass es über einige Jahre überhaupt keine Grundstücksverkäufe gab. Nach der anfänglichen Skepsis gelang es, einen erheblichen Grundstücksvorrat zu sichern. In den letzten Jahren ist es allerdings wieder schwieriger geworden, an Flächen zu gelangen, weil einige wenige Landwirte viel Land aufkaufen und sich die Bauern nur schwer von ihrem Besitz trennen.

„Grund für die Wahl des Erbbaurechtes ist die Absicht, auch langfristig Spekulationen zu verhindern. Beim subventionierten Verkauf von Grundstücken [wie es in manchen Einheimischen-Modellen in anderen Gemeinden der Fall ist] *sind allenfalls Wiederkaufsrechte eintragbar. Nach Wegfall der Bindungsfrist für die Wiederkaufsrechte (zwischen 20 und 30 Jahren) hat der jeweilige Eigentümer die Möglichkeit, den subventioniert erworbenen Grund zum vollen Marktwert zu verkaufen. Damit wird weder dem strukturpolitischen Ansatz der Gemeinde Rechnung getragen, nämlich die ortsansässige Bevölkerung am Ort zu halten, noch dem Ansatz Rechnung getragen, Spekulation auch langfristig zu verhindern. Die Wahl des Erbbaurechts war daher die einzige rechtliche Möglichkeit, die Absichten der Gemeinde zu gewährleisten.“*[3]

Mittlerweile gibt es in Weyarn an die 70 Grundstücke, die im Erbbaurecht ausgewiesen sind. Das Modell ist, wenn auch die Beschränkung auf Einheimische einen gewissen, kritikwürdigen Ausschluss bedeutet, mittlerweile in der Bürgerschaft akzeptiert und soll in Zukunft auch auf Eigentumswohnungen auf Erbbaurechtsgrundstücken erweitert werden. Um Ängste abzubauen, wurde das Erbbaurecht auch auf einen besonders langen Zeitraum ausgelegt und kann bis zu 149 Jahre betragen. Der große Vorteil für die Bewohnerinnen und Bewohner besteht darin, dass sie sich beim Grundstückskauf nicht verschulden müssen und die jährlichen Zahlungen derzeit nur um die zwei Euro pro Quadratmeter liegen.

Angeregt unter anderem durch solche Beispiele gibt es auch einige Gemeinden in Österreich, die überlegen, in Zukunft verstärkt auf Modelle im Erbbaurecht zu setzen: etwa Zwischenwasser in Vorarlberg oder Ottensheim bei Linz, beides Preisträger des von LandLuft ausgelobten Baukulturgemeinde-Preises.

Auch wenn die Einführung des Erbbaurechts natürlich nur ein kleiner Schritt in Richtung Stärkung der kommunalen Steuerungsmöglichkeit ist und noch lange nicht bedeutet, das Privateigentum an Grund und Boden in Frage zu stellen, kann sie doch zumindest Anlass sein, die herrschenden Verhältnisse zu hinterfragen.

Judith Leitner, geb. 1981 in Wien und aufgewachsen im Südburgenland, hat an der TU Wien Architektur studiert und arbeitet seit 2011 für den Verein LandLuft.

3 Unter folgendem Link ist die Bodenpolitik der Gemeinde ausführlich beschrieben: http://www.weyarn.de/Gemeinde/Entwicklung/bodenmanagement.htm

LandLuft

LandLuft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen ist ein seit 1999 aktiver Verein zur Förderung der ländlichen Baukultur. Der Verein versteht sich als Vermittler zwischen den unterschiedlichen Fachbereichen der Baukultur (Raumplanung, Architektur, Landschaftsplanung) und der Politik und Verwaltung in ländlich geprägten Gemeinden und Kleinstädten. Das wichtigste Projekt ist der von LandLuft initiierte Baukulturgemeinde-Preis, der alle drei Jahre in Österreich gemeinsam mit dem österreichischen Gemeindebund vergeben wird. Seit einigen Jahren arbeitet der Verein auch an Forschungsprojekten in Deutschland (Auftraggeber ist die Forschungsstelle des deutschen Bautenministeriums), sowie an der Entwicklung von Vermittlungs- und Weiterbildungsprogrammen zum Thema Planen und Bauen in ländlichen Gemeinden, die unter dem Titel „Baukulturgemeinde-Akademie“ in regelmäßigen Abständen stattfinden. Nähere Informationen: www.landluft.at

RASENNA: EIGENTUM AN GRUND UND BODEN ALS PARTNERSCHAFTLICHER VERTRAG

Stiftungen, die Grund und Boden als Gemeingut für langfristig definierte nachhaltige Nutzungsziele ermöglichen, sind in anderen Ländern – Deutschland, Schweiz, Frankreich – seit einiger Zeit ein Erfolgsmodell. Nun haben sich auch in Österreich Menschen gefunden, die dieses Modell als Stiftung RASENNA etablieren wollen. Es ist eine kleine, aber klare Chance, etwas miteinander zu verändern.

VON KARIN LISCHKE, HANNES ŽAGAR UND HELMUT FRIEDL

Viele Projekte suchen nach Wegen, Eigentum am Grundstück gemeinschaftlich zu bilden. Ziel ist Grund und Boden aus der Verwertungslogik herauszunehmen und für eine bestimmte Nutzung zu widmen. Der einfachste Ansatz ist die Gründung eines Vereines, der Grund und Boden erwirbt und diesen dann an eine Nutzergruppe verpachtet oder im Baurecht zur Verfügung stellt.

Besonderheit der Stiftung

Bei Stiftungen denken wir häufig an Vermögen, das dem (steuerlichen) Zugriff entzogen werden soll. Hier geht es jedoch in erster Linie darum, dass die Stiftung als einzige Rechtsform keinen Eigentümer hat. Die Verwendung des Stiftungsvermögens wird durch die Satzung der Stiftung festgelegt und kann später nicht mehr geändert werden. Es gibt keine andere Rechtsform, die das gewährleisten kann.

Rolle der Stiftung

Die Stiftung bietet einen fairen Kaufpreis für Grundstücke und Liegenschaften, übernimmt die Rolle des Grundstückseigentümers und stellt die widmungs- und satzungsgemäße Nutzung sicher. Sie verhandelt partnerschaftliche Verträge für Pacht oder Baurecht und überlässt die Regelung der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung der Nutzergruppe. Da die Erträge aus den Projekten in der Nutzergruppe bleiben, können diese auch über deren Verwendung bzw. einen solidarischen Ausgleich untereinander autonom entscheiden. Auch Kooperationen verschiedener Projektgruppen können über die Stiftung eine zusätzliche Vertrauensbasis herstellen.

Der Verein Rasenna

setzt sich dafür ein, dass diese Stiftung in Österreich entstehen kann. Stifter sind herzlich willkommen. Rasenna erarbeitet darüber hinaus Modelle, wie eingebrachtes Kapital (in Form von Geld oder Leistung) in angemessener und gerechter Form „zurückgegeben“ werden kann und welche Rechtsformen eine gute Grundlage für Nutzergruppen darstellen. Der Verein steht Projektgruppen in den Fragen Eigentum, Finanzierung und passende Rechtsformen beratend zur Seite.

Warum nicht eine eigene Stiftung gründen?

Eine eigene Stiftung bedeutet, dass der gesamte finanzielle und administrative Aufwand von einem Projekt getragen werden muss und diese kaum neutral und ohne Einfluss einzelner Personen agieren kann. Daher hat sich eine projektübergreifende und von den einzelnen Projekten unabhängige Stiftung bewährt. Die Kosten teilen sich auf, und die Neutralität ist sichergestellt.

Wieso RASENNA?

RASENNA ist die Eigenbezeichnung der Etrusker, ein antikes Volk im nördlichen Mittelitalien in der Zeit zwischen 800 und 100 v. Chr., vor den Römern. Die Gesellschaft der Etrusker ist auch als „Wertschätzungsgesellschaft“ beschrieben. Wir haben uns ihre Haltung zum Vorbild genommen.

Erfolgreiche Beispiele in Nachbarländern

- Stiftung trias, Hattingen (Ruhr), www.stiftung-trias.de, gegründet 2002, aktuell ca. 25 Projekte in den Bereichen gemeinschaftliches Wohnen und Landwirtschaft;
- Stiftung Edith Maryon, Basel, www.maryon.ch, gegründet 1990, aktuell über 100 Projekte;
- Stiftung Aktion Kulturland, http://www.aktion-kulturland.de

Karin Lischke, Hannes Zagar und Helmut Friedl
Gründungsmitglieder des Vereins Rasenna

Kontaktdaten:
Verein zur Förderung und Gründung der Rasenna Privatstiftung, ZVR 786175506
Postanschrift c/o Helmut Friedl
Lainergasse 10-22/19, 1230 Wien
www.rasenna.at und info@rasenna.at
Telefon 0681 81813238

kurz & bündig

irmi & lutz

FORUM ALPBACH – AT THE CROSSROADS

Auf Einladung der IG Demokratie nahm die ÖBV heuer Ende August an den Politischen Gesprächen am Forum Alpbach teil. Vorbehalte, eine abgehobene, elitäre Veranstaltung zu besuchen, wurden nicht vollständig ausgeräumt, aber durch offene und progressive Diskussionen sehr stark reduziert.

Während eines „Politik:Lab“ wurde *Österreich bricht auf – Initiative für eine Demokratiereform* vorgestellt und diskutiert. Deren Ziel ist die (Wieder-)Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in demokratische Prozesse. Erreicht werden soll dies durch gemeinsame Diskussionen von Bürger*innen und Politiker*innen. Weiters ist ein Demokratiekonvent geplant. Insbesondere auch aus einer Ernährungssouveränitätsperspektive war dieses Politik:Lab sehr spannend.

BM Rupprechter war auch am Forum anzutreffen und lud zu einem lockeren Austausch im Grünen. Die Lockerheit war aber schlagartig dahin, als ansatzweise kritische Fragen gestellt wurden. Auf jene, wie dem Vorwurf der EU-Kommission, das Programm für Ländliche Entwicklung und das ÖPUL tragen zu einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft bei, begegnet wird und ob, wie von der Kommission vorgeschlagen, die Investitionsförderung an ökologische Auflagen gebunden werden wird, gab es schlichtweg keine Antwort. Stattdessen wich Rupprechter aus, lobte „sein“ Programm und spielte die Kritik der EU-Kommission herunter.

Und da waren sie auch schon wieder – die Gedanken an abgehoben und elitär. (Lutz)

TTIP – EUROPAWEITER PROTEST

Am Samstag, den 11. Oktober gingen europaweit Hunderttausende auf die Straßen, um gegen TTIP, CETA, TiSA und all die anderen besorgniserregenden Deregulierungsabkommen, die sich hinter harmlosen Kürzeln verbergen, zu demonstrieren. Bürgerinnen und Bürger lassen sich zunehmend weniger mit Floskeln und Verharmlosungen abspeisen, die die in Bedrängnis geratenen Freihandelsbefürworter*innen von sich geben. Dass die EU-Kommission mit einer fadenscheinigen Begründung eine europäische Bürger*inneninitiative gegen TTIP, CETA und Co. abgelehnt hat, wird den Protest noch weiter beflügeln. Innerhalb von wenigen Tagen haben 600.000 Bürger*innen die Initiative unterstützt.

Transatlantische Partnerschaft sieht anders aus!

Unterschriften unter http://www.viacampesina.at/

NEUER KOMMISSAR, URALTE POLITIK

„Als klassischer Vertreter des agrarindustriellen Modells steht der EU-Agrarpolitik mit Phil Hogan vor allem eins in Haus: eine rigorose Ausrichtung auf Markt, Export und Liberalisierung. Dieser Rückfall in eine vergangene Politikära hat keine Ansätze zur Reaktion auf bestehende und absehbare Krisen in Landwirtschaft und Umwelt anzubieten. Im Doppelpack mit der angekündigten verstärkten Exportorientierung droht eine Politik des „Wachsens oder Weichens“ die den Strukturwandel nicht nur der bäuerlichen Landwirtschaft in Europa, sondern weltweit beschleunigen wird. Mit allen absehbaren Folgen für Mensch, Umwelt und Klima.“ So hart geht der grüne EU-Abgeordnete Martin Häusling nach der Anhörung im EU-Parlament mit dem designierten Agrarkommissar aus Irland ins Gericht.

Schon seit bekannt wurde, dass der Anwärter auf den Posten der konservative Ire sein werde, wurden Befürchtungen laut, dass die kleinen Schritte in Richtung einer ökologisch und sozial nachhaltigen GAP unter Kommissar Ciolos bald wieder der Vergangenheit angehören werden. Hogan bekennt sich zum Bürokratieabbau, allerdings könnte er damit auch die ohnehin schon zahnlosen Greening-Ansätze der GAP-Reform kippen wollen. Zudem wurden Vorwürfe laut, dass Hogan in Korruptionsfälle verwickelt sei und mit der Industrie gute Beziehungen pflegt.

Schöne Aussichten …

http://www.irishleftreview.org/2014/09/10/phil-hogan-embodiment-crony-capitalist-links-business-politics-ireland/

LÄNDLICHE ENTWICKLUNG BALD AUSVERHANDELT?

Laut Minister Rupprechter werden die offenen Punkte im Programm zur Ländlichen Entwicklung mit der EU-Kommission in den nächsten Tagen geklärt. Als „vordringliche Themen“ bezeichnete der Minister die Steilflächenmahd, Prämiendifferenzen beim Silageverzicht, Ausgleichszahlungen für benachteiligte Gebiete, der Viehbesatz auf Almen sowie Fragen der Bildungsförderung im ländlichen Raum. Im Landwirtschaftsausschuss kam es wieder einmal zu regen Debatten, Anträge der Opposition wurden wie immer vertagt. Für Bäuerinnen und Bauern, die ihre Herbstanträge bald abgeben müssen, heißt es weiterhin – für hieb- und stichfeste Informationen bitte warten.

DIE KOSTEN DER ALLGEMEINHEIT, DIE GEWINNE DEN PRIVATEN

Wie eine Versicherung an der fehlenden Rechtssicherheit bei AMA-Anträgen profitieren möchte.

VON JUDITH MOSER-HOFSTADLER

Der Förderungsrechtsschutz dient zur Wahrnehmung rechtlicher Interessen im Zusammenhang mit der Rückforderung von bereits erhaltenen oder zugesprochenen Förderungen.“ So steht es auf der Homepage der „Oberösterreichischen Versicherung“ zu lesen.

Für 18,60 Euro (für dieses Jahr) erhalten Bäuerinnen und Bauern juristischen Beistand, wenn ihnen zugesagte oder bereits ausbezahlte Förderungen zurückverlangt werden.

Den Grund für die neue Versicherungsmöglichkeit erläutert der Generaldirektor der Oberösterreichische Versicherung den „Oberösterreichischen Nachrichten“ so: „Das Risiko, dass ein Bauer heute Probleme mit der EU-Förderung hat, ist für ihn schon größer, als dass sein Hof abbrennt.“ Und das sei ihm nicht etwa eingefallen, weil er vor seiner derzeitigen Funktion in der Versicherung Agrarlandesrat in Oberösterreich war, sondern weil bäuerliche Funktionäre mit dem Wunsch nach einer solchen Versicherung an ihn herangetreten sind.

Juristischer Beistand für alle Bäuerinnen?

Hintergrund ist die Verunsicherung vieler Bäuerinnen und Bauern durch eine Gesetzesänderung: Wenn die AMA (Agrarmarkt Austria) einen Förderantrag abweist oder Rückforderungen verlangt, können Betroffene nicht einfach gegen den Bescheid berufen, sondern müssen das beim Verwaltungsgericht einbringen. Die Kammern sprechen davon, dass das unternehmerische Denken der Bauern auch auf diesem Gebiet professionalisiert gehört – sprich: Jeder Bauernhof als wirtschaftliches Unternehmen soll sich eine Anwältin oder einen Anwalt seines Vertrauens zulegen.

In sachlichen Belangen berät zwar weiterhin die Landwirtschaftskammer, den juristischen Beistand kann sie aber nicht mehr leisten – zu wenig Geld für die Rechtsabteilungen, so das Argument. In Oberösterreich wurden mehr als zehn Anwälte für diesen speziellen Bereich vorbereitet, sie werden von der Kammer empfohlen und verlangen dafür einen Teil ihrer Gebühr nicht. Nicht berührt davon ist das Anwaltshonorar, das sich immer nach der Höhe der Streitsumme richtet. Je höher der Betrag (in diesem Fall die Fördersumme), um den es geht, desto höher also auch die Kosten.

Diese Versicherung deutet darauf hin, dass es unserer Politik und Verwaltung nicht gelingt, in absehbarer Zeit für Bäuerinnen und Bauern eine Rechtssicherheit zu schaffen, was die Anträge für Agrarförderungen angeht. Es ist anzunehmen, dass sich der ehemalige Agrar-Landesrat in seinem Netzwerk an „bäuerlichen Funktionären“ umgehört hat, wie dieses Anliegen der Bäuerinnen und Bauern vorankommt, bevor sein Unternehmen diese Neuheit produziert hat.

Es ist eine Zumutung, dass es noch immer keine verbindliche Messung für förderungswürdige Flächen gibt. Und dass ein früherer Agrarpolitiker jetzt als privater Retter der Bauernfamilien auftritt und aus der ganzen Misere Profit schlagen möchte, ist der Gipfel der Verhöhnung.

Judith Moser-Hofstadler
Biobäuerin im Mühlviertel

DER GRÜNE BERICHT 2014 IM „NEUEN KLEID“

Der Grüne Bericht 2014 erscheint im „neuen Kleid“. Der Minister ließ ein modernes Outfit mit Flattersatz, blasser Schrift und großen Überschriften entwerfen. Im Gegensatz zum bekannten Märchen ist und bleibt der Grüne Bericht aber eine zentrale Informationsquelle für alle, die an der Landwirtschaft interessiert sind.

VON GERHARD HOVORKA

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft nahm im Jahr 2013 durchschnittlich um 6 % auf 25.698 Euro je Betrieb ab. Im Vergleich zum Dreijahresmittel davor gab es ein Minus von 4 % zu verzeichnen. Je nichtentlohnter Arbeitskraft (früher: Familienarbeitskraft) sank das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft um 6 % auf 20.236 Euro. Der Einkommensrückgang im Vergleich zu 2012 wurde durch niedrigere Erzeugerpreise für Getreide und Ölsaaten, geringere Erntemengen beim Körnermais und höhere Aufwendungen für Futtermittel und Investitionen verursacht. Ein höherer Milchpreis und höhere Erträge aus der Forstwirtschaft dämpften die negative Entwicklung. Der Ertrag stieg um 2 % (Rückgang bei der Bodennutzung, Anstieg bei der Tierhaltung und Forstwirtschaft), der Aufwand um 5 % (vor allem Futter- und Düngemittel, Energie, Investitionen). Eine kräftige Einkommenssteigerung konnten nur die Dauerkulturbetriebe aufgrund der höheren Erzeugerpreise im Obstbau erreichen (plus 17 %). Über ein kleines Plus konnten sich die Forst- und Futterbaubetriebe freuen. Marktfrucht- und Veredelungsbetriebe verloren über 20 %, die Gemischtbetriebe mehr als 11 %. Der Einkommensrückstand der Grünlandbetriebe (Futterbau) gegenüber den Marktfruchtbetrieben (6.570 Euro Differenz) ist gesunken, aber immer noch groß.

Nach Betriebsgrößen betrachtet sind die Einkommensunterschiede auch im neuen Berechnungsmodus massiv. Beispielsweise erzielten die großen Marktfruchtbetriebe ein Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft von 89.426 Euro je Betrieb, das ist mehr als das Achtfache der kleinen Marktfruchtbetriebe. Bei 41 % aller Betriebe im Grünen Bericht war der Verbrauch größer als das Gesamteinkommen. Das Eigenkapital konnte im Durchschnitt um 6.501 Euro je Betrieb erhöht werden.

Vergleich Nebenerwerb und Haupterwerb

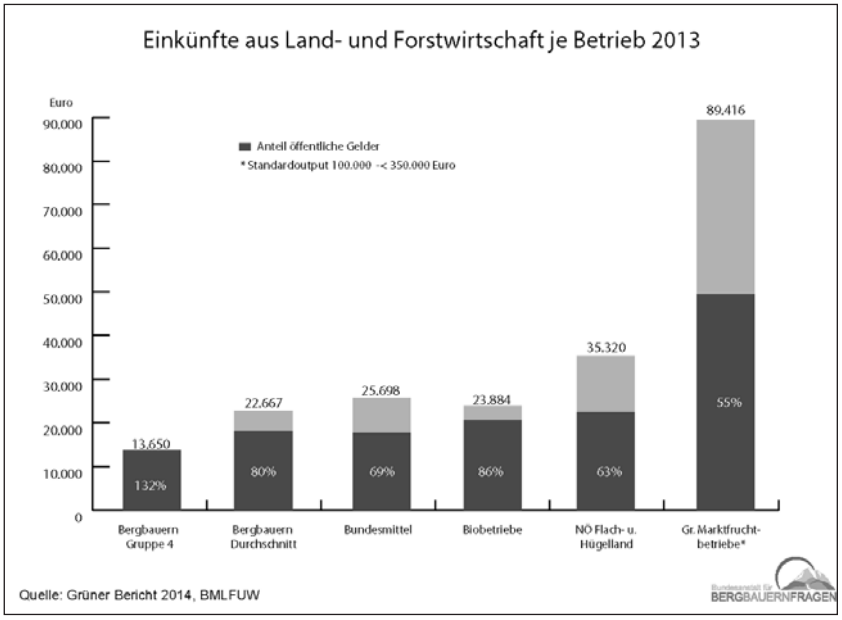
Die Nebenerwerbsbetriebe erwirtschafteten 2013 im Durchschnitt mit 6.123 Euro je Betrieb (minus 12 %) nur 13 % des landwirtschaftlichen Einkommens der Haupterwerbsbetriebe (minus 4 %). Je Familienarbeitskraft (nAK) beträgt die Differenz zwischen Haupt- und Nebenerwerb 23.000 Euro. Gegenüber dem Dreijahresmittel blieb das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft im Haupterwerb konstant, jenes der Nebenerwerbsbetriebe sank um 23 %.

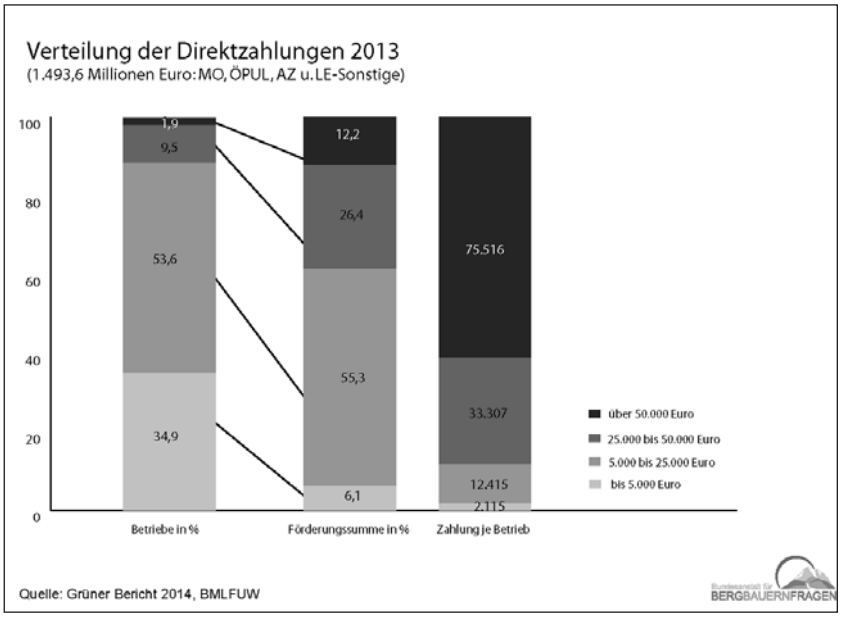
Bergbauernbetriebe können Einkommen leicht verbessern

Das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft stieg bei den Bergbauernbetrieben 2013 im Durchschnitt um 2 % an (minus 2 % zum Dreijahresmittel). Dadurch hat sich die Einkommensschere der Bergbauernbetriebe gegenüber den Gunstlagen nach langer Zeit erstmals ein wenig verkleinert (Nichtbergbauerbetriebe: minus 4 %). Der Rückstand beträgt 6.505 Euro bzw. 22 % gegenüber den Nichtbergbauernbetrieben. Ohne Bergbauernförderung (Ausgleichszulage = AZ) wäre der Abstand zu den Gunstlagen noch viel größer. Bei Betrachtung des Gesamteinkommens der Bergbauernbetriebe vergrößert sich der Rückstand sogar noch. Noch deutlich größer ist die Differenz bei den extremen Bergbauernbetrieben (BHK-Gruppe 4). Eine Familienarbeitskraft erreichte in der BHK-Gruppe 4 nur 43 % des Einkommens der Nichtbergbauernbetriebe bzw. 29 % der Marktfruchtbetriebe (Differenz: 25.700 Euro). Eine Milchquote haben nur noch 42 % aller Bergbauernbetriebe.

Einkommen der Biolandwirtschaft stagniert

Die Anzahl der geförderten Biobetriebe und Bioflächen hat 2013 wiederum leicht abgenommen. Der Anteil der Biolandwirtschaft





liegt bei 17 % an den Betrieben und 20 % an den Flächen. Die große Mehrheit der Biobetriebe (72 %) sind gleichzeitig auch Bergbauernbetriebe. Das land- und forstwirtschaftliche Einkommen der Biobetriebe stagnierte bei 23.884 Euro und lag um 13 % unter dem Bundesdurchschnitt. Die Biobetriebe erhalten mehr öffentliche Gelder als der Durchschnitt der Betriebe (vor allem aus dem ÖPUL) und weisen eine günstigere Aufwandsrate (Aufwand/Ertrag) auf.

Förderungen nahmen um 5 % ab

Im Jahr 2013 wurden mit 2,1 Mrd. Euro an Förderungen um rund 5 % (110 Mio. Euro) weniger an EU-, Bundes- und Landesmittel für die Land- und Forstwirtschaft aufgewendet als im Jahr davor. Die Gründe liegen in der Reduktion der Zahlungen bei der 1. Säule (Haushaltsdisziplin), in der 2. Säule beim Rückgang der Investitionsförderung, ÖPUL und AZ sowie des Wegfalls der Mineralölsteuerrückvergütung bei den nationalen Zahlungen. Die Marktordnungsausgaben hatten einen Anteil von 35 %, das Programm Ländliche Entwicklung von 51 % und die zusätzlichen nationalen Fördermittel machten 14 % aus. Der Anteil der öffentlichen Gelder am landwirtschaftlichen Einkommen betrug 69 % bzw. 18 % vom Ertrag. Bio- und Bergbauernbetriebe hatten im Durchschnitt auch im Jahr 2013 deutlich niedrigere Förderungen als die Marktfruchtbetriebe.

Ungleiche Verteilung weiterhin groß

Im Maßnahmenjahr 2013 betrugen die flächenbezogenen Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe (Betriebs- und Tierprämien, ÖPUL, AZ) 1,49 Milliarden Euro (weitere 265 Mio. Euro wurden aus der 2. Säule der GAP für Investitionsförderung, Junglandwirt*nnen, Bildung, Leader etc. bezahlt). Die Direktzahlungen betrugen im Durchschnitt 12.033 Euro je Betrieb. Sie sind sehr ungleich verteilt. Während 35 % der Betriebe im unteren Förderbereich (bis 5.000 Euro) im Durchschnitt nur 2.115 Euro je Betrieb erhielten und einen Förderanteil von nur 6 % hatten, lukrierten 2 % der Betriebe am oberen Ende (über 50.000 Euro) 12 % aller Fördermittel und im Durchschnitt 75.516 Euro je Betrieb. In den Genuss von jeweils über 100.000 Euro Direktzahlungen kamen 260 Betriebe, die zusammen 46 Mill. Euro (im Durchschnitt 176.873 Euro je Betrieb) erhielten. Im Grünen Bericht ist erstmals die Verteilung der Zahlungen im Tabellenteil noch detaillierter dargestellt.

Im Rahmen der Marktordnungsgesetznovelle erfolgt die nationale Umsetzung der 1. Säule der EU-Agrarpolitik bis 2020, mit dem Programm Ländliche Entwicklung wird die 2. Säule umgesetzt. Die kommenden Grünen Berichte werden dokumentieren, inwieweit es gelingt, die ungleiche Verteilung zu korrigieren und den Einkommensrückstand der Biobetriebe sowie der Bergbauernbetriebe und insbesondere der extremen Bergbauernbetriebe zu reduzieren.

Dr. Gerhard Hovorka, Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

DIE BERGBAUERNFÖRDERUNG IM NEUEN PROGRAMM FÜR LÄNDLICHE ENTWICKLUNG

Die Bergbauernförderung hat auch im neuen Programm für ländliche Entwicklung einen hohen Stellenwert. Es sind allerdings massive Änderungen geplant.

VON GERHARD HOVORKA

Bergbauernbetriebe mit hoher und extremer Erschwernis sollen in Zukunft etwas besser gestellt werden. Die Gesamtfördersumme wird um ca. 6 % reduziert (im Vergleich zu 2013) und der Verteilungskampf wird härter.

Wesentliche Änderungen bei der AZ

Die wichtigsten Änderungen bei der Bergbauernförderung AZ (korrekt: Ausgleichszulage = Zahlungen für aus naturbedingten oder anderen spezifischen Gründen benachteiligte-Gebiete) im Programmentwurf betreffen:

- Erfassung der Erschwernispunkte für alle AZ-Betriebe (d. h. auch für Nichtbergbauernbetriebe)
- Förderung nur ab einer bestimmten Mindesterschwernis
- Ausweitung des Flächenbetrags 1 von 6 auf 10 ha
- Kürzung beginnt bereits bei 30 ha (bisher 60 ha)
- Vereinfachung/Reduzierung des BHK-Punktekatalogs
- Kalkulation der Prämienhöhe
- Stärkere Gewichtung der Erschwernis
- Keine Unterscheidung bei der Art der Flächen
- Almfutterflächen werden extra behandelt
- Neuabgrenzung des sonstigen benachteiligten Gebietes bis spätestens 2018

Von diesen Änderungen sind einige von der EU vorgegeben, einige entsprechen langjährigen Forderungen und einige sind von der Agrarpolitik bestimmt worden.

Auswirkungen auf die Betriebe

Nach den vorläufigen Berechnungen wird die Anzahl der AZ-Förderbetriebe bei den Nichtbergbauernbetrieben (BHK-Gruppe 0) um ca. 34 % und bei den Bergbauernbetrieben mit geringer Erschwernis (BHK-Gruppe 1) um ca. 3 % abnehmen, da sie die Mindesterschwernisse nicht erreichen. Die Fördersumme je Betrieb wird bei der BHK-Gruppe 1 um 15 % und der BHK-Gruppe 2 um 4 % sinken. Alle anderen Gruppen können mit einem leichten Plus rechnen.

Berücksichtigt mensch bei der Betrachtung auch noch die Betriebsgröße, so zeigt sich gemäß der folgenden Tabelle ein differenziertes Bild. Die kleineren Betriebe (6 ha) verlieren jeweils 210 Euro an Förderung (wirkt sich prozentuell unterschiedlich aus). Die Betriebe bis 10 ha gewinnen deutlich an Förderung aufgrund Ausweitung des Flächenbetrags 1 von 6 auf 10 ha. Bei Betrieben mit 20 ha gewinnen die Betriebe mit höherer Erschwernis dazu, die mit niedrigerer Erschwernis verlieren aufgrund der niedrigeren Fördersätze beim Flächenbetrag 2. Große Betriebe (60 ha) verlieren aufgrund der stärkeren Degression (Kürzung ab 30 ha) und der niedrigeren Fördersätze beim Flächenbetrag 2.

Schlussfolgerungen

Bei der AZ sind im Entwurf des Programms massive Veränderungen geplant. Ein Manko des neuen Systems ist, dass die Bergbauernbetriebe bis 6 ha bei der neuen AZ Fördergelder verlieren. Die Ausweitung des Flächenbetrags 1 für die Betriebe über 6 ha wirkt sich positiv aus und wird für viele Betriebe die niedrigeren Fördersätze beim Flächenbetrag 2 ausgleichen. Dass die Kürzung der Förderung zukünftig bei 30 ha beginnt, ist im Sinne einer Fokussierung knapper Fördermittel auf kleinere und mittlere Bergbauernbetriebe positiv. Für eine Gesamteinschätzung müssten auch die Auswirkungen der Änderungen beim ÖPUL und auch in der Säule 1 berücksichtigt werden. Die Angleichung der Förderhöhe in der Säule 1 erfolgt allerdings nur schrittweise bis 2019 und die Veränderungen bei der AZ wirken bereits ab 2015. Die im Koalitionsabkommen der Regierung vereinbarte Aufstockung der AZ für die BHK-Gruppen 3 und 4 wird in der neuen Periode umgesetzt. Die Verbesserung hätte allerdings angesichts des Einkommensrückstands der extremen Bergbauernbetriebe durchaus ambitionierter sein können.

Dr. Gerhard Hovorka, Mitarbeiter der Bundesanstalt für Bergbauernfragen in Wien

Anmerkung: Der Entwurf für das Programm für ländliche Entwicklung in Österreich 2014 – 2020 ist auf der Homepage des BMLFUW runterladbar:
http://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl_entwicklung/laendliche-Entwicklung-2014-2020/LE2020.html

Veränderung der AZ-Förderung für Tierhalter in Prozent

BHK-Punkte	6 ha	10 ha	20 ha	60 ha
50	-17	+4	-14	-41
100	-12	+15	-3	-33
200	-7	+26	+9	-23
300	-5	+31	+15	-18

Ausgewählte Förderfläche in ha ohne Almbewirtschaftung

BAUER UND BÄUERIN ALS MASCHINISTIN ODER KOMIKER?

Wie sieht die Landwirtschaft der Zukunft aus? Welche Welt wünschen wir uns? „Soll unsere Ernährung aus Fleisch oder aus Linsen bestehen?“ Mit dem Buch „Foodmonopoly“ besucht man Bäuerinnen und Bauern auf fünf Kontinenten und hört Gesprächen über die Zukunft unseres Essens zu.

VON THOMAS GRÖBLY

Die Reise beginnt bei der Chicagoer Rohstoffbörse, wo seit vielen Jahren Lebensmittel gehandelt werden. Das Fazit der Autoren: „Was hier betrieben wird, ist nichts anderes, als mit dem Essen zu spielen, und in unserem tiefsten Inneren wissen wir eigentlich alle, wie falsch das ist.“

Die Reise geht zu Bob Stewart nach Illinois in den „Maisgürtel“. Hier werden die Problematik der Monokulturen von Soja und Mais und die Bodenerosion gut beschrieben. Der Pflug wird als Hauptursache für die Bodendegradation genannt. Mit Hilfe von Kunstdüngern, GVO-Saatgut und Pestiziden werden hier etwa 10 Tonnen Mais pro Hektar und Jahr geerntet. Stewart sieht nicht, wie die Biolandwirtschaft die Menschen ernähren könnte. Gleichzeitig wird die industrielle Landwirtschaft für massive Umweltzerstörung verantwortlich gemacht.

Die Reise geht nach Pana im Süden von Illinois weiter zu Jack Erismann auf seine Goldmine Farm. Nach verschiedenen Krebserkrankungen von Nachbarn hat er seinen Hof von 1.000 Hektar 1990 auf Ökolandbau umgestellt. Da man Pflanzenkrankheiten und Unkraut nicht mit Pestiziden vernichten kann, muss man zur rechten Zeit das Rechte tun. „Biobauer zu sein, ist so, als wäre man Komiker, alles dreht sich ums perfekte Timing.“

Lokale Lösungen für globale Probleme

Die Reise geht weiter nach Brasilien, Äthiopien, Namibia, Uganda und Sambia, danach nach Indien und am Schluss nach Schweden. Die Autoren zitieren Bäuerinnen und Bauern, lassen aber auch ihre Überzeugung und Vision durchscheinen: Nur eine ökologische Landwirtschaft in einer starken regionalen Wirtschaft hat eine Zukunft. Nur eine Vielfalt der Systeme und Armutsbekämpfung können eine langfristige Ernährungssicherheit für alle garantieren. Damit verringern sich Risiken und die Anpassungsfähigkeiten werden erhöht. Dies erreicht man unter anderem durch gute Ausbildungen und mehr Chancengerechtigkeit. Der gemeinsame Nenner wird so beschrieben: „Die Maßnahmen müssen auf die Verhältnisse vor Ort zugeschnitten sein. Viele Agrarsysteme auf der Nord- und Südhalbkugel funktionieren genau nach diesem Muster: Sie wenden lokal vorhandenes Wissen konsequent an und begreifen die Agrarlandschaft als multifunktionales System.“

Neben der Vielfalt der Kulturlandschaft steht auch der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit im Zentrum des Buches. In einem gut gepflegten Boden wird nicht nur mehr Wasser gespeichert, sondern auch mehr CO_2. Damit wird Boden ein wichtiger Teil im Kampf gegen die Klimaerwärmung.

„Armut ist eher eine Ursache für geringe Ernteerträge …

… denn eine Folge davon.“ Dabei ernähren die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern die Welt, aber die Marktmacht ist in den vor- und nachgelagerten Unternehmen konzentriert. Dieses Oligopol bedeutet eine große Machtasymmetrie und ist gekoppelt mit einer Finanzialisierung des gesamten Lebensmittelsystems. Sinnvolle Lösungsansätze sind nicht einfach. An die Macht der Konsumierenden wollen die Autoren nicht glauben. Sie schlagen eine „marktgesteuerte wettbewerbsoffene Landwirtschaft“, die z. B. Pestizide verbieten kann, vor. Die Politik könnte den Wandel auch mit „Steuern und Abgaben für externe Kosten“ und „Entschädigungszahlungen für „Umwelt-, Anbau- und Ökosystemleistungen“ anstoßen.

Das Buch ist leicht zu lesen, die Hofportraits sind eingängig und viele wichtige Fragen werden angeschnitten. Für Einsteiger*innen ins komplexe Thema der globalen Ernährungssysteme ist das Buch sehr zu empfehlen. Wer bereits über einiges Vorwissen verfügt, legt das Buch eher zur Seite. Zu oberflächlich werden die Themen bearbeitet, teils sind die Zahlen alt und auf Quellenangaben wurde ganz verzichtet. Der Titel verspricht, was das Buch nicht einhalten kann. Das Monopoly wird zu schnell beschrieben und die Lösungsansätze befriedigen nicht. Wo ist beispielsweise das Konzept der Ernährungssouveränität? Vielleicht sind die Autoren in die eigene Falle getappt. Das Buch mit Hofportraits zu strukturieren, hat vielleicht den Blick auf die Theoriediskussion erschwert.

„Bauer und Bäuerin als Maschinistin oder Komiker?“ durchzieht als Frage das ganze Buch. Industrieller oder ökologischer Anbau? Sollen wir als Maschinisten der Natur mit GVO, Pestizid und Kunstdünger unseren Willen aufzwingen? Oder passen wir uns als Komikerin der Natur an und setzen auf gute Beobachtung und Timing? Für die Autoren ist das Timing alles.

Thomas Gröbly, ehemaliger Landwirt und Ethiker – www.ethik-labor.ch

Foodmonopoly, Das riskante Spiel mit billigem Essen.
240 Seiten, oekom verlag München, 2014

WETTSTREIT UM FLÄCHE UND FLUR

Wie im Großen so im Kleinen. Während weltweit der Landraub von tausenden, zehntausenden oder hunderttausenden Hektar Boden zu beobachten ist, spielt sich das gleiche Phänomen innerhalb der Grundgrenzen unseres kleinstrukturierten Bauernhofes ab. Unterschiedliche Interessen prallen aufeinander.

VON MONIKA GRUBER

Foto: Eva Schinner

Geh na, so a dickes Hundswürschtl! Es liegt mitten im herbstlich wiederergrünten Rasen vor meinem Küchenfenster. Gut, dass ich das noch rechtzeitig gesehen habe, bevor ich beim Blumengießen mit meinen Gartenschlarpfen durchs taunasse Gras latsche. So quer drüber ist das nämlich der kürzeste Weg vom Wandbrunnen an der Hausmauer zu den Blumenkisteln am anderen Eck. Effizienz bei der Blumenpflege, nenne ich das. Dass der Hund sein Hauferl hermacht ins rasenmähergepflegte Wiesenstück, passt mir gar nicht.

Ein Besucher fährt mit dem Auto in den Hof herein. Und parkt … halb auf dem Rasenstück. Ich fasse es nicht. Wie kommen die Leute bloß auf die Idee, ihren Wagen genau dort abzustellen, wo ich ein Stückchen Grün als Rasenfläche geschaffen habe, während rundherum ein Vielfaches an geschotterter Fläche zur Verfügung steht zum Parken? Es sind eh nur ein paar Quadratmeter Grün, die ich als Ruheplatz fürs Auge und für die Seele haben will. Kein ganzes Fußballfeld, ja nicht einmal ein Viertel davon. „Bitte, lass mir doch dieses Fleckchen Grün vor dem Küchenfenster!“, flehe ich meinen lieben Mann an, nachdem in der Grasnarbe die gröbsten Spuren, die von Traktorreifen stammten, wieder halbwegs verheilt sind.

Am Waldrand keimen zahlreich die jungen Laubbäume. Bald wurzeln sie auch in der angrenzenden Wiese. Dort können wir sie zwar mit dem Mähen teilweise in Zaum halten, doch sie schlagen derart kräftige Wurzeln, sodass diese Jungbäumchen im Lauf der Jahre leicht überhandnehmen können gegenüber dem Wiesengras. Wiese oder Wald, ist hier die Frage. Auch die ehrwürdigen Äste der mächtigen Buchen hängen weit über. Sie beschatten von Süden her den Wiesensaum, was zur Folge hat, dass das Heu dort kaum trocken wird.

Brombeerranken erobern an den Wegrändern und auf den Bergwiesen ihren Lebensraum. Überall, wo wir mit dem Motormäher oder mit der Sense nicht hinkommen, wuchern Brombeersträucher. Mit ihren meterlangen Ranken können sie innerhalb weniger Jahre mächtige Büsche bilden, die große Flächen einnehmen. Ganz zu schweigen davon, wenn man bei der Arbeit in den stacheligen Ranken hängen bleibt oder stolpert.

Seit dem heurigen Sommer teile ich das Hochbeet mit roten Waldameisen. Sie haben sich dazu entschieden, ihren Lebensraum in meinem Garten anzusiedeln, im Hochbeet an der Wand aus Eichenbrettern, ob mir das nun gefällt oder nicht. Als Baumaterial des Ameisenhaufens holten sie sich die kleineren Stückchen von den Hackschnitzeln, die ich am Gehweg zwischen den Gartenbeeten aufgestreut habe.

Bei den Himbeeren kollidieren die Interessen meines lieben Mannes mit den Wachstumsbedürfnissen dieser Sträucher. Rechts der Hausgarten, links die von mir angelegte Himbeerkultur. Dazwischen ein Wiesenstück, das frei bleiben soll, damit Mann mit Traktor samt angehängten Heugeräten problemlos durchfahren kann. Aber was kümmert das die Himbeersträucher! Jedes Jahr schieben sich junge Triebe bis zu einem Meter weiter auf das Wiesenstück, wo sie jedoch höchst gefährdet sind, zur Heuerntezeit eines Morgens niedergemäht oder niedergefahren zu werden. Was dann auch passiert. – Unverdrossen wachsen bis zum Herbst wieder neue Himbeertriebe nach. Was im nächsten Sommer folgt, können sich die Leserinnen und Leser schon ausmalen.

Oder sie bestellen sich ein Abo der „Wege für eine bäuerliche Zukunft“, das ganz einfach zu ordern ist:

baeuerliche.zukunft@chello.at
Fax 01 – 958 40 33
Tel 01 – 89 29 400

KONTAKTADRESSEN

NIEDERÖSTERREICH
Redaktion: Monika Gruber
Röhrenbach 5, 3203 Rabenstein
Tel.: 02723-2157
monika.gruber@gmx.at

Maria und Franz Vogt
Hauptstr. 36, 2120 Obersdorf
Tel.: 02245-5153
maria.vogt@tele2.at

SALZBURG
Heidi Ammerer
5611 Großarl 51
Tel.: 0664-2396224
pfandlinghof@aon.at

VORARLBERG
Irene Schneller
Brunnenfeld 21, 6700 Bludenz
Tel: 05552-32 849
irene.schneller@cable.vol.at

TIROL
Christoph Astner
Zillfeldgweg 9, 6362 Kelchsau
0664-24 60 925
astner.zilln@hotmail.com

OBERÖSTERREICH
Lisa Hofer-Falkinger
Eckersberg 1, 4122 Arnreit
Tel.: 07282-7172
lisa_hannes_hofer@yahoo.de

Christine Pichler-Brix
Berg 1, 4853 Steinbach am Attersee
Tel.: 07663-660
christine.pichler-brix@gmx.at

Judith und Hannes Moser-Hofstadler
Hammerleitenweg 2, 4211 Alberndorf
Tel: 07235-71 277 o. 0664-503 90 77
juha.hofstadler@aon.at bzw.
judith.moser-hofstadler@gmx.at

Josef Wakolbinger
Hundsdorf 2, 4084 St. Agatha
Tel.: 07277-8279
sepp.wakolbinger@aon.at

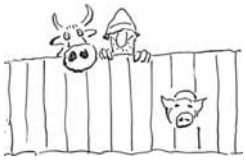
STEIERMARK
Florian Walter
Offenburg 20, 8761 Pöls
Tel: 03579-8037
aon.913999714@aon.at

KÄRNTEN
Michael Kerschbaumer
Laufenberg 15, 9545 Radenthein
Tel: 04246-31052
forum@kritische-tierhalter.at

Heike Schiebeck
Lobnik 16, 9135 Eisenkappel
Tel.: 04238-8705
heike.schiebeck@gmx.at

BURGENLAND
Monika Kleinschuster
Neumarkt 117, 7461 Stadtschlaining
Tel.: 03355-2092 bzw. 0688-8211722
monikakleinschuster@aon.at

Irmi Salzer
Untere Bergen 2, 7532 Litzelsdorf
Tel.: 0699-11827634
irmi.salzer@gmx.at



Werbt Abos!

Wir haben was davon, ihr habt was davon – alle haben was davon!

Die ÖBV finanziert ihre Tätigkeiten zum überwiegenden Teil durch Subventionen vom Staat. Daneben stellen Mitgliedsbeiträge, Abonnementgebühren und Spenden eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Subventionen sind in den letzten Jahren zurückgegangen, die Kosten aber sind gestiegen. Dies führte bereits im vergangenen Jahr zu einem finanziellen Engpass.

Zur Erfüllung unseres Auftrags, einer tatkräftigen Agraropposition, sind wir mehr denn je auf eure Unterstützung angewiesen. Langfristig ist die beste Strategie für eine politische und finanzielle Unabhängigkeit die Erhöhung der Eigenmittel. Wir bitten euch daher nach euren Möglichkeiten, neue Mitglieder und AbonnentInnen zu werben. Als Dankeschön erhält jede Leserin/jeder Leser für das erste neu geworbene Abo eines der neuen ÖBV-Tücher.

Ausschneiden, in ein Kuvert stecken und ab die Post!

Mitgliedschaft und/oder Abonnement

Der Mitgliedsbeitrag beträgt für ordentliche Mitglieder Euro 32,00 plus ein Tausendstel des Einheitswertes bzw. eine Spende für Nicht-Bäuer*innen. Für unterstützende Mitglieder mindestens Euro 32,00. Das Abonnement der Zeitschrift ist inkludiert.

- ❑ Ich möchte ordentliches Mitglied werden
- ❑ Ich möchte unterstützendes Mitglied werden
- ❑ Ich bestelle ein Abonnement (5 Ausgaben/Jahr) der Zeitschrift „Wege für eine bäuerliche Zukunft“ zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland)

Name: .....

Adresse: .....

Beruf: ..... Tel: .....

E-mail: .....

Datum: ..... Unterschrift: .....

❑ Ich bestelle ein einjähriges Geschenkabo zum Preis von Euro 25 bzw. Euro 29 (Ausland) für: .....

Zustelladresse: .....

ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien
Tel.: 01-89 29 400, baeuerliche.zukunft@chello.at, www.viacampesina.at
Bankverbindung: Die ERSTE KtoNr. 04234529 BLZ: 20111
ZVR: 510788025

ÖBV-*Info/Veranstaltungen I*

VORTRAG: SOLIDARISCHE LANDWIRTSCHAFT (CSA) – „GEMEINSAM LANDWIRTSCHAFTEN“

Di, 28. Oktober 2014, 19:00
Das Buchcafe GmbH, Bahngasse 4-6, 2700 Wiener Neustadt
Themen des Info-Vortrages: Regionales Versorgungsnetzwerk & Solidarische Landwirtschaft
Kontakt: Michaela Reisenbauer, Tel. 0676–97 12 208 bioreisenbaeuerin@kraeuteregg.at und Mag. Manuela Grabherr-Gappmayer, www.dasbuchcafe.at

KABARETT „DIE MISTSTÜCKE“ ON TOUR

Do, 15. Jänner 2015, 13:00 in Waidhofen/Thaya NÖ
Veranstalterinnen: Die Bäuerinnen von Waidhofen/Thaya NÖ (geschlossene Veranstaltung)
Mo, 26. Jänner 2015, 15:00 in Wien
Veranstalterinnen: ARGE der Wiener Gärtnerinnen (geschlossene Veranstaltung)
Fr, 20. Feber 2015 in Gießhübel NÖ
Sa, 21. Feber 2015 in Kematen/Ybbs NÖ
Nähere Auskunft: Monika Mlinar 02782-82 237 (abends)

Foto: ÖBV

VORTRAG UND DISKUSSION: WER BESTIMMT, WAS WIR ESSEN?

Ernährungssouveränität als Alternative zum derzeitigen Agrar- und Lebensmittelsystem
Mo, 10. November 2014, 19:00
Stadtbibliothek Graz Nord
Theodor-Körner-Str. 59, 8010 Graz
Wer entscheidet, was wir essen und wie unsere Nahrungsmittel produziert werden? Mehr und mehr Initiativen engagieren sich in der Bewegung für Ernährungssouveränität. Aber was bedeutet dies eigentlich? Und wie hängt Ernährungssouveränität mit Saatgut, Gentechnik und EU–Agrarpolitik zusammen?
Mit Ludwig Rumetshofer, Geschäftsleiter der ÖBV-Via Campesina Austria
Keine Anmeldung erforderlich. Eintritt frei.
Eine Veranstaltung des Aktivist*innen-Netzwerks von Südwind Steiermark

TAGUNG: STUDI SUCHT BIOBAUER –

wenn Studierende auf Biohöfen forschen
Erfahrungen aus der Sicht von Studierenden, Bäuer*innen, Beratung und Forschung
Sa, 8. November 2014, 09:15 – 17:00
HBLA Ursprung in Elixhausen (Salzburg), mögliche Anreise mit dem Bus ab Wien.
Für eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft der biologischen Landwirtschaft in Österreich bilden Biobäuerinnen & Biobauern, Studierende sowie Forschende & Lehrende das NETZWERKBIO und schaffen Raum für Vernetzung und Austausch von Erfahrungen und Wissen.
Kosten: Euro 18 inkl. Verpflegung – bar vor Ort zu bezahlen
Weitere Infos & Anmeldung bis: 30. Oktober 2014 per Telefon bei Katharina Stögermayr: +43 664-21 35 223 oder per Mail an netzwerkbio@gmail.com

Fortsetzung Seite 11

Wege für eine
Bäuerliche Zukunft
Schwarzspanierstraße 15/3/1
A–1090 Wien
+43/1/89 29 400
P.b.b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1060 Wien
Bei Unzustellbarkeit zurück an:
ÖBV-Via Campesina Austria
Schwarzspanierstraße 15/3/1, 1090 Wien
Postzulassungsnummer GZ 02Z031272M